

Jahrgang 25

Die Zukunft

Herausgeber:

Maximilian Harden.

Inhalt:

	Seite
Nur die bessere Welt.	81

—
Nachdruck verboten.
▼

Erscheint jeden Sonnabend.

Preis vierteljährlich 5 Mark, die einzelne Nummer 50 Pf.



Berlin.
Verlag der Zukunft.
Wilhelmstraße 3a.
1917.

Abonnementpreis (Vierteljährlich 13 Nummern) M. 5.—, pro Jahr M. 20.—; enter Kreuzband bezogen, Deutschland und Oesterreich M. 6.65, pro Jahr M. 22.60; Ausland M. 6.30, pro Jahr M. 25.20. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postanstalten entgegen sowie der **VERLAG DER ZUKUNFT, BERLIN SW. 48, Wilhelmstr. 34, Fernspr. Lützow 7724.**

Alleinige Anzeigen-Aufnahme der Wochenschrift „Die Zukunft“ nur durch **Max Kiratstein,** Berlin SW 68, Markgrafstr. 59. Fernsprecher Amt Zentral 30 809 u. 10 810.

WEIN-STUBEN-HUTH

BERLIN W

Dresden - Hotel Bellevue

Weltbekanntes vornehmes Haus mit allen zeitgemässen Neuerungen

BADEN-BADEN

BRENNERS STEPHANIE-HOTEL

RICHARDS DIELE

FRIEDRICHSTRASSE ECKE FRANZÖSISCHE STRASSE

verbunden mit erstklassigem Weinrestaurant

z. Zt. Pa. Holl. Austern, vornehmste Service

5-Uhr- und Abendkonzerte :: :: Beisammensein erster

Eintritt frei! Familienkreise Neue Leitung!

Kurfürstendamm 235 *„Königin“* Kurfürstendamm 235

Weinrestaurant I. Ranges

Täglich Konzert □□ Täglich Konzert

Kunstsalon Gustav Seelig

Friedrichstrasse 192-193

— Nahe Leipziger Strasse —

Permanente Ausstellung von

**ORIGINAL-GEMÄLDEN
MODERNER KÜNSTLER**



Berlin, den 14. April 1917.

Für die bessere Welt.

„Männerstolz vor Königsthronen, Brüder, gäit' es Gut und Blut...“

In einem Erlaß, den (wie, vor dem ganzen Stilbild, schon der Erste Nebensatz lehrt) Herr von Bethmann entworfen hat und dem (wie amtlich betheuert wird) alle preußischen Staatsminister zugestimmt haben, nennt der Deutsche Kaiser den Krieg ein „Klingen um den Bestand des Reiches“ und ein Erlebnis, das „mit erhabenem Ernst eine neue Zeit einleitet.“ Dem Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten „liege es ob, den Erfordernissen dieser Zeit mit den rechten Mitteln und zur rechten Stunde zur Erfüllung zu verhelfen.“ Die rechte Stunde werde schlagen, wenn die Krieger heimgekehrt sind und „selbst am Fortschritt der neuen Zeit mitrathen und mitthaten können.“ (Gemeint ist wohl der Fortschritt „in“ neue Zeit, die ja dann erst beginnen soll; und der scherzhafte Gleichklang der Wörter „mitrathen, mitthaten“ soll wahrscheinlich andeuten, daß man warten müsse, bis die Männer der sichtbarsten That, der des Körpers, im Rath mitreden können.) Von den rechten Mitteln wird nur eins erwähnt: „die Umbildung des Preußischen Landtages“, für die, „auf des Königs Weisung, schon zu Beginn des Krieges Vorarbeiten gemacht worden sind.“ Warum wir erst jetzt, nach den Vorgängen und Erörterungen des Märzmonats, nach der russischen Revolution und der Rede Wilsons über Freiheit, erfahren, daß „schon zu Beginn des Krieges“,

als jede Staatsbehörde mit drängender Arbeit überbürdet war, für die Landtagsreform vorgesorgt wurde, muß der Ministerpräsident erklären; auch, welche beträchtliche „Vorarbeit“ nach den langen Jahren des Schwagens über Wahlrecht und Paritätsschub, Erste und Zweite Kammer noch nötig war. Der König wünscht, daß die Wahl geheim sei, nicht durch Wahlmänner, nicht in Wählerklassen bewirkt werde. Die Zahl der Preußen, die daran gezweifelt haben, kann nur klein gewesen sein. Wer sich erinnert, daß vor neun Jahren die zahl Liberalen, „daß allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe“ und die dem Rechtsanspruch genügende Aenderung des Wahlbezirksumfanges gefordert haben, wird glauben, daß mit geheimer, unmittelbarer, von der Klassenschranke befreiter Wahl selbst der (nach Bismarcks Ausdruck) Hyperkonservative sich abgefunden hat und sie nur, vor dem Auge der Galerie, noch bekämpft, um mit der Geberde ihm gefährlicheren Versuch einzuschüchtern. Das Herrenhaus, sagt der Erlaß, „wird den gewaltigen Anforderungen der kommenden Zeit besser gerecht werden können, wenn es in weiterem und gleichmäßigerem Umfang als bisher aus den verschiedenen Kreisen und Berufen des Volkes führende, durch die Achtung ihrer Mitbürger ausgezeichnete Männer in seiner Mitte vereint.“ Nur den Anforderungen der kommenden Zeit? Nicht unserer? Unter den „Rezepten“, die ich am ersten Tag des Jahres 1911 hier veröffentlichte, war auch dieses: „Am Abend vor der Eröffnung der neuen Landtagsession wird bekannt, daß der König aus besonderem Vertrauen vierzig Preußen in das Herrenhaus berufen wolle. Davon gehören dreißig der Industrie, dem Gewerbe und Handel an; die übrigen sind Techniker, Handwerker und auf höhere Betriebsposten gelangte Lohnarbeiter. In dem Kommentar wird darauf hingewiesen, daß eine Zeit, in der Deutschlands Gesamt-handel Waaren im Wert von fast sechszehntausend Millionen Mark in Bewegung setzt, die Pflicht erzeugt habe, den Vertretern dieses Handels und der ihm verbündeten Berufe auch im Herrenhaus des größten und gewerblich stärksten Bundesstaates den ihrer Leistung angemessenen Platz zu schaffen. Die Besetzung des Herrenhauses müsse der Struktur des preussischen Staates entsprechen, die heute ein erweitertes Vertretungsrecht fordere, weil sie nicht mehr zu richtigem Ausdruck komme, wenn, außer den Prinzen des königlichen Hauses, dem

privilegirten Adel, den Inhabern der großen Hofämtern, den Domstiften, Provinzial- und Familienverbänden, dem alten und befestigten Grundbesitz, nur die größeren Städte und Universitäten in der Ersten Kammer Sitz und Stimme haben. Auch den Körperschaften der Industrie und des Handels sei fortan das Recht zur Präsentation zu gewähren und die Zahl der aus besonderem Vertrauen vom König zu berufenden Personen zu erhöhen. Die Novelle zur Verfassung werde dem Landtag sofort zugehen und der Regierung wie der Mehrheit die erwünschte Gelegenheit zu dem Beweis bieten, daß sie zeitgemäße Reformen nicht feig aufschieben und den um die Wirtschaftsentwicklung verdienten Schichten das ihnen gebührende politische Recht nicht vorenthalten wollten.“ Die Berufung von Künstlern (der Palette, des Wortes, des Meißels) und Gelehrten, die, natürlich, in einem Herrenhaus würdig vertreten sein müßten, hatte ich nicht empfohlen, weil ich gewiß war, daß die von Kunst, nicht die vom Genius Begnadeten Preußenpeers würden. Neues bringt also der Erlaß nicht. War der Zweck seiner Veröffentlichung, zu zeigen, daß der Kaiser mit dem Kanzler, der König mit dem Ministerpräsidenten übereinstimmt und daß Herr von Bethmann nichts Anderes begehrt als die Minister Von Loebell und Von Schorlemer, die nicht so oft den Pfeilen Alldeutscher, den Schleudern des Junkergroßes ausgesetzt sind?

Ob dieses Ziel erreicht wird und der Vorstoß gegen die wenigen Stellen aufhört, an denen Herr von Bethmann nicht verwundbar ist (gegen die anderen hebt sich kaum je ein Schwert): für Deutschland und Preußen ist heute belanglos. Wichtig und erfreulich scheint mir in dem Erlaß das offene Bekenntniß, daß „für die freie und freudige Mitarbeit aller Glieder unseres Volkes“ im Deutschen Reich noch nicht Raum ist. Wie aber sollen dann die „im Feld stehenden Millionen Volksgenossen am Fortschritt der neuen Zeit mitrathen und mithaten“ und warum soll die „Umbildung des Landtages“ hinter die Heimkehr der Krieger verschoben werden? Wenn der Glaube wiche, der Krieg, den das Deutsche Reich gegen tausend Millionen Menschen führt, sei mit militärischen Machtmitteln zu enden, könnte vielleicht noch in diesem Jahr die Verhandlung über den Friedensschluß beginnen. Die wird, da alle Erdtheile mitsprechen und die größten Fragen der Menschheit zu beantworten sein werden, viele Monate dauern; und min-

bestens zweifelhaft ist, ob schon vor ihrem Abschluß die Demobilisierung des Heeres durchgeführt werden kann. Im günstigsten Fall würde der Entwurf der Landtagsreform im letzten Drittel des Jahres 1918 in die Parlamente der Leipzigerstraße eingebracht. Berathung in zwei Kammern, zwei Kommissionen (die sich vor Eile wohl hüten werden); wahrscheinlich Ablehnung, Auflösung, Wahl, Pairsschub, neue Berathung. Alles müßte recht glatt gehen, damit die Sache noch 1919 fertig würde. Und bis dahin soll „für die freie und freudige Mitarbeit unseres Volkes“ in Preußen, nach der Ueberzeugung des Königs und seiner Minister, nicht Raum sein? Gerade in der Zeit ungeheurer Entscheidung? Das ist nicht möglich. In Irrthumsdickicht lebt, wer glaubt, die deutsche Kriegsmannschaft wünsche solchen Aufschub. Dürfte sie abstimmen: heute noch würde Manches anders, Wesentliches; und jede Wandlung stünde unter dem Zeichen vernünftiger Demokratie. Eben so thöricht wie die Zumuthung, der im Vorrecht Wohnende, Adel, Großgrundbesitz und alles ihm Verbündete, solle aus freiem Willen, ohne Wehrversuch, die bequeme Rechtsschanze räumen, die zu erobern der Gegner nicht stark oder nicht lähn genug ist, wäre der Wahn, eine Volksabstimmung, ein Plebiszit oder Referendum würde nicht mit Riesenherrschaft die Demokratisierung des Staatswesens fordern. Ist denn irgendwo noch ein junger Schöpferkopf dagegen? Zweifelt irgendein sachkundig Unbefangener, daß alle Millionen, die den Brüllern, Amokläufern, Selbtschreibern fürs Ewig-Gestrige von gemästeten Kriegslieferanten zur Gründung neuer Tageblätter und Zeitschriften hingekleckert würden, in schnell fließendes Wasser geworfen wären? „Ein mündiges Volk hat das Recht, sich selbst zu regiren. Darf die Regierung, die den Aufmarsch einer feindlichen Menschenmilliarde und den Weltvorwurf rohen Völkerrechtsbruches nicht vermeiden konnte, der Staatskunst einer Demokratie sich überlegen wännen? Blutströme haben alles Bedenken weggeschwemmt. Jubelt oder stöhnet: hinter jedem Kriegsausgang steht die Gewißheit, daß Deutschland nur noch vom Volkswillen regirt werden kann. Wenn die im Vorrecht Wohnenden mit der Dehnung des Preußenwahlrechtes aus der Klemme lämen, dürften sie ihr Glück dem eines Mannes vergleichen, der auf der höchsten Sprosse der Senkersleiter hört, er sei nur verurtheilt, sich schleunig rasiren zu las-

fen. Ganz andere Umpflügung naht. Sputet Euch, die Ihr Fürsten berathet! Wer Nothwendiges schnell gewährt, meiðet den Schein unwürdigen Zwanges. Ohne das Recht, zur Gestaltung deutschen Schicksals mitzuwirken, das Leben, die Habe, die Hoffnung der Kinder dafür einsetzen: Das war gestern.* Vor acht Tagen ist's hier gesagt worden. Muthig vorbedachte und rasch wirkende Handlung brauchen wir; nicht neues Versprechen. Jedes Zaudern kann morgen Verhängniß werden. Fehler sogar müssen dem Staatsmannsgeist zinsen; der Belagerungszustand, in dessen Dauerbikatur (weil sie jedes Streben, das würdigste, nach Verständigung mit der feindlichen Menschheit hinders) ich den tiefsten, gefährlichsten Fehler innerer Kriegspolitik sehe, erleichtert den Regierenden die Umschichtung des Staatsgrundes; der Kampf um den Landtag und die Reichstagsrechte, der octroi eines Wahlrechtes würde ihnen jetzt nicht so unbequem wie in fesselloser Friedenszeit. Nicht als den von Huld zu gewährenden Lohn seines Wohlverhaltens fordert das Volk den zu fruchtbarer Mitarbeit nöthigen Raum, sondern als das ihm gebührende Recht. Und laut warnt Preußens Geschichte vor dem Versuch, es mit undeutlichem Versprechen abzuspelsen.

In den harten Jahren der Kriege gegen Bonaparte hatte, unter Stein's, dann unter Hardenberg's Einwirkung, Friedrich Wilhelm der Dritte sich dem Gedanken an Volksrecht, Volksvertretung, Ersatz des Absolutismus durch Verfassung sacht befreundet. Als der Minister Wilhelm von Humboldt in dem Entwurf zur Verfassung eines Deutschen Reiches (unter österreichischer Spitze) den Landtagen der Einzelstaaten nur berathende Stimmen gewähren wollte, schalt der Freiherr vom Stein diesen Willen zu „elendem Recht“, das von Bayern und den Kleinstaaten überboten werde, und schrieb: „In Preußen vereinigen sich alle Elemente, die eine ruhige, verständige Bewegung verbürgen: Nationalität, Gewohnheit und erprobte Bereitwilligkeit, Abgaben zu leisten, Opfer zu bringen, Besonnenheit, gesunder Menschenverstand, allgemeine Bildung. Warum soll Preußen nicht deutlich Grundsätze aussprechen, die zwei Drittel von Deutschland schon angenommen haben, die das Vertrauen zu ihm mehren und seinen Einfluß stärken? Oesterreich kann aus vielen Gründen nicht gleiche Grundsätze aussprechen: wegen der Fremdartigkeit seiner Verfassung, des niederen Zustandes seiner allgemeinen Bildung,

der Maximen seiner Regierung und Regenten, und es mag aus diesen Gründen eine Ausnahme machen. Warum aber soll Preußen eine ihm selbst so nachtheilige und für das übrige Deutschland so gefährliche Maßregel wählen? Später: „Von Preußen hängt das Wohl Deutschlands ab. Die Preußen sind verständige, geschäftsfähige, durch ein geschichtliches Leben geprüfte, treue, tapfere, fromme und besonnene Männer. Die Vertretung eines solchen Volkes beschränkt den Regenten nicht, sondern erleuchtet und stärkt ihn. Das ist ihm nöthig; denn die relative Schwäche der preußischen Monarchie gegen die Nachbarstaaten kann nur durch moralische und intellektuelle Kraft ersetzt werden.“ Vergebens. Der König widerstrebte jedem wirksamen Parlamentsrecht und schränkte sich in stete Erneuerung unklaren Versprechens. In Wien, während des Kongresses, überredete der Staatskanzler Hardenberg ihn, „seinem treuen Volk ein Zeichen dankbaren Vertrauens zu geben.“ Der Wortlaut der königlichen Verordnung vom zweiundzwanzigsten Mai 1815 erinnert an den des Kaiserlichen Erlasses vom siebenten April 1917; auch die Umstände, die in beiden Fällen den Entschluß erwirkten, sind ähnlich: lange Kriegsbauer und Nothwendigkeit neuer, nun doppelt schwerer Opfer. Der König versprach, die Provinzialstände wiederherzustellen und von ihnen dann den Landtag wählen zu lassen. Am siebenten April (sollß ein Lostag Preußens werden?) hatte ihn, auf den Antrag des Oberschlesiens Eisner von Gronow, die „Interimistische Nationalrepräsentation“ ersucht, eine endgiltig wirksame Volksvertretung zu schaffen. Monate, Jahre lang geschah nichts Rechtes. Die altständische Partei und ihr Wortführer im Ministerium, der ehrliche Feudalist Klewiz, rebete und schrieb gegen den Verfassungplan als gegen eine dem Gesamtstaat drohende Lebensgefahr. Der gute Geist von 1813, hieß es, müsse erhalten werden. (Heute werden Gesellschaften gegründet, die den Schützengrabengeist von 1917 erhalten sollen und in denen der Herrgott, wenn er den Schaden besteht, Zecher, Spieler, Freßgierige und eitle Schwäher in Mehrzahl findet.) Der König habe zwar sein Wort verpfändet, die Art und den Tag der Einlösung aber in Dunkel gelassen. Stein schrieb: „Die militärische Maschinerie sah ich am vierzehnten Oktober 1806 (am Tag von Jena) fallen; vielleicht wird auch die Schreibmaschinerie ihren vier-

zehnten Oktober haben. Der Staat ist nicht ein landwirthschaftlicher und Fabriken-Verein, sondern sein Zweck ist religiös-sittliche, geistige und körperliche Entwicklung; durch seine Einrichtungen soll ein kräftiges, muthiges, sittliches Volk, nicht nur ein kunstreiches, gewerbefleißiges, gebildet werden.* Was Vernunft rieth, hastete nicht im Ohr der allzu Mächtigen. Professor Max Lehmann, der rühmenswerthe Biograph des großen nassauischen Freiherrn, sagt: „Die reaktionäre Fluth, eben so sehr dem repräsentativen wie dem nationalen Gedanken feind, verschlang nicht nur die deutsche Verfassung, sondern schlug ihre Wogen auch in die deutschen Einzelstaaten. Der König von Preußen ließ sich aus der Bahn drängen, die er mit der Verordnung vom zweiundzwanzigsten Mai 1815 betreten hatte. Er und seine Rathgeber, Fürst Wittgenstein und Hardenberg, trieben die Furcht vor demagogischen Umrrieben so weit, daß sie ihren Staat verpflichteten, auf Reichsstände zu verzichten. Friedrich Wilhelm gewährte 1823 (acht Jahre nach dem felerlichen Versprechen) nur Provinzialstände und beheft die Entscheidung der Frage, wann eine Berufung der allgemeinen Stände erforderlich sein werde, seiner landesväterlichen Fürsorge vor.“ Glimmender Unmuth lobert in Zorn auf. Hundert Streitschriften umheulen die Frage der Volksvertretung. Von tausend Zungen kommt die Anklage, der König habe sein Wort gebrochen. Er stirbt, ehe er diese Beschuldigung entkräften will. Und erst nach der wirren Revolution vom März 1848 löst Friedrich Wilhelm der Vierte, ein Hirnkranker, völlig das Wort ein, daß sein Vater dreiunddreißig Jahre zuvor, nach Kriegsnoth und Sieg, auch da nicht zum ersten Mal, dem Volk verpfändet hat.

Nie wieder darf, nie wieder kann es so werden. Als in der frankfurter Paulskirche Joseph Maria von Radowiz das Schicksal des Fürsten und Staatsmannes beseufzt hatte, der, an einer Zeitenwende, Alles zu spät oder zu früh thun müsse, mahnte Jakob Grimm: „Wir Deutsche sind ein geschäftiges, ordentliches Volk; doch diese löblichen Eigenschaften schlagen auch bei uns oft in Fehler um. Wenn das Pedantische in der Welt unerfunden geblieben wäre, hätte der Deutsche es erfunden. Der bekannte Satz: ‚Vorgethan und Nachbedacht hat Manchen in großes Leid gebracht‘, dieser Satz kann auf uns Deutsche in politischen Dingen sehr selten angewendet werden; viel öfter ein anderer: Lang Be-



dacht und schlecht Gethan: ist der deutsche Schlandrian.* Der Worte sind genug gewechselt. Jeder Wache, nicht durch Eignisucht Geblendete sieht, daß die Sintfluth (auch die Bibelschreibart „Sündfluth“ würde hier passen) dieses Krieges zu raschem, gründlichen Umbau der Arche zwingt. Wer das Staatsgeschäft leiten, ob und wann Friede oder Krieg sein solle, muß fortan das als mündig bewährte Volk entscheiden; allen Lebensfragen deutscher Nation selbst die Antwort finden. Dann ist es Herr seines Schicksals, verantwortlich und darf nicht Andere anklagen, wenn es in Leid sinkt. Parlamentarische Regierung ist an dem Tage gesichert, wo eine in Neuwahlen haltbare Fraktionenmehrheit beschließt, nur den Männern ihres Vertrauens Geld zu bewilligen und mit anderen den Geschäftsverkehr abzubrechen. Herr von Bethmann, der zuerst gesagt hatte, die öffentliche Wahl sei (weil sie „die gottgewollten Abhängigkeiten“ zum Ausdruck bringe) unentbehrlich, die indirekte nicht länger ertragbar, ist 1910 für geheime und indirekte, 1917 für geheime und direkte Wahl eingetreten; stets mit dem selben Pathos der Freude an Fehlerlichkeit. Er würde, wenn es sein müßte und eine Mehrheit ihn als Vertrauensmann fürte, auf diesem Weg vorwärts schreiten. Elßässern und Lothringern gab er das allgemeine, allen gleiche Recht zu geheimer und unmittelbarer Wahl: will er wagen, es Preußen zu weigern? In einer Zeit ungehemmter Freizügigkeit und wachsenden Wandertriebes wird der Vergleich eines weiter reichenden Wahlrechtes mit einem enger begrenzten, das in dem selben Reichsverband gilt, immer Grund zu Unzufriedenheit geben. Im fünften Lebensjahrzehnt des Reiches darf jeder ihm Angehörige fordern, daß der Umfang seines politischen Rechtes nicht kleiner sei als seines Nachbars. Die Verheißung des Wahlgesetzes vom Mai 1869, daß mit der Volksziffer auch die Zahl der Abgeordneten steigen solle, darf nicht länger unerfüllt bleiben; noch im Reich, wider den Willen der Verfassung, ein Zustand fortdauern, der ermöglicht, daß dreihunderttausend Großstädter zwei, dreihunderttausend Landbewohner siebenundzwanzig Vertreter in den Reichstag abordnen. Ein Industriestaat mit Übergewichtiger Agrarvertretung ist ein nur künstlich, durch Gewalt und Unwahrhaftigkeit, zu erhaltendes Gebild. Den durch Kopfzahl und Leistung erstarkten Städten darf der Zuwachs politischen Rechtes nicht bestritten, dem der Volksgesundheit dien-

baren Landkreis dieses Recht nicht entkräftet werden. Blutströme haben alle Jagheit vor hastiger Demokratisierung weggeschwemmt. Nach dem Erlebniß dieses Krieges ist nichts Anderes mehr brauchbar als: Für alle sich selbständig ernährenden Männer und Frauen das gleiche Recht, in unmittelbarer und geheimer Wahl auszu- drücken, wen sie in die Parlamente des Reiches, der Bundes- staaten und Gemeinden abordnen wollen. Parteien, die das allge- gemeine, schrankenlose Wahlrecht für alle Landtage wie ein dem Menschen angeborenes Naturrecht fordern, werden ehrloser Heu- chelei schuldig, wenn sie der selben Forderung da vorstichtig aus- biegen, wo nur das beschränkte Wahlrecht ihnen (den „Liberalen“ in den Stadtgemeinden) die Mehrheit sichert. Ist's nöthig, für das Wahlrecht der Frau, die überall jezt, auf und unter der Erde, Männerarbeit leistet und ohne deren Hilfe der Krieg nicht um einen Tag zu verlängern wäre, noch ein Wort zu sagen? Nach ihrer un- ersetzlichen Leistung, sprach Herr Asquith im englischen Unter- haus, „gebührt den Frauen das Stimmrecht; sie haben sich red- lich erarbeitet.“ Und Premierminister Lloyd George rief: „Nie- mals würde England erlauben, daß eine ungerechte, undankbare Regierung den Frauen das Stimmrecht weigere.“ Er will auch den Land- und Seekriegern das Wahlrecht geben und den der Hei- math fernem gestatten, ihre Wählerstimme durch Vollmacht zu übertragen. Warum nicht? Muß Britanien uns auf jedem Rechts- gelände überholen? Blöhet die Häupter vor dem Weib, das Wun- den verbindet, Kranke pflegt, große und kleine Maschinen bedient, Erde schaufelt und pflügt, Kohle schleppt, Granaten dreht, auf der Elektro- und Dampf- Bahn, im Post-, Schreiber-, Rechner- und Wächterdienst, in Schacht und Hütte, Werkstatt und Massensa- bril, Bureau, Laden, Kontor, Senne und Gutsverwalterstube den tüchtigen Mann ersetzt und daneben noch für den Gatten, für El- tern, Kinder, junge Geschwister sorgt. Wo wäre, heute schon, Deutsch- land ohne die Mitwirkung dieser Frauen? Auf keinem Gebiet, nicht dem öffentlichen noch dem privatesten, werden sie je wie- der, im Sinn Mills, Bebel's oder der Frau Cauer, hörig. Wären sie unzulänglichere Volksvertreter als die an unserem Leid mit- schuldigen, von deren Mehrheit nicht Einer ohne Buße und Sühne zurückkehren dürfte? Würden sie leichter als besternte Männer vergeßen, daß des Abgeordneten heiligste Pflicht ist, „die reine

Wahrheit zu sagen, nichts zu verschweigen, nichts hinzuzufügen* und die Zunge des ihm hörbaren Volkswillens zu sein? Ich bin für die Wählbarkeit der Frau; ihr gar das Wählerrecht zu versagen, wäre häßliche Unflugheit, die sich bald, in dumpfer Tiefe, rächen müßte. Allen selbständig sich nährenden Deutschen beider Geschlechter gleiches Wahlrecht; Geheimniß, Befreiung von der Klassenschanke und dem Zwischenhandel des Wahlmannes: ein Tropfen, der auf dem heißen Stein sofort verdampft. Jede gewaltige Bewegung (und nie war, nirgends noch gewaltigere Seelenbewegung als auf der Erde dieses unsahbar entsetzlichen Krieges) folgt, nach Kantes Muschelwort, „ihrer eigenen großen Strömung, welche selbst die mit sich fortreißt, die sie zu leiten scheinen“. Und Budde mahnt: „Frei kann nur der Mensch werden, der zu Freiheit erzogen ist. Zu Freiheit wird ein Volk nicht in Schulen noch durch Bücher erzogen. Selbstbeherrschung und Selbstgefühl lernt es nur durch Selbstregirung.“ Kein Zaudern, Düsteln, Anidern jetzt; keinen Versuch, den Hunger mit halber Portion zu stillen. Der müßte mißlingen; und endloser Hader das Haus verpesten. In der Ersten Kammer herrsche das Wissen und Können, in der Zweiten der aller Fessel entrafte Wille der Nation; dort Erfahrung und Beharrungstrieb, hier der Jugendmuth zu raschem Vordrang in ungereutes Neuland. Weder das Reich noch eins seiner Glieder kann in die grausam harte Zeit, durch die sie müssen, Bleibsel aus den Tagen der Unterthänigkeit mitschleppen. Auf morschem Gebälk droht dem fürs Auge stilllichsten Haus die Einsturzgefahr. Jede Regirung, die veraltetes Vorrecht stützt, tödtet selbst die Kernkraft ihrer Daseinsberechtigung; die einer Kaste dienstbare segt der erste Windstoß vom Sig. Und die morgen Lebenden wird der Geist mit noch unahnbarer Sturmgewalt umbrausen. Kein Staat, Volk, Mann, Weib wird nach diesem Krieg sein, wie sie zuvor waren. Trachtet, Fürsten und Staatswächter, die Menschheitrevolution, die, wie jeder Sonnengang, in Ost begonnen hat, vor neuer Blutschuld zu schützen und in die Welt des Geistes einzugrenzen! Weil Kaiser Konstantin noch in der rechten Stunde in das Christenthum übertrat und es in den Rang der Staatsreligion hob, ward die Weltmacht der Orientrömer gerettet. Weil Nikolai Alexandrowitsch die Stunde letzter Rettungsmöglichkeit versäumte, riß er Holstein-Volltorp ins Grab.

„Was den großen Ring bewohnet, huldige der Sympathie!“

Rußlands neue Regenten sind selbst von denen noch schwer wägbare, die nicht so thöricht waren, das Seil ihrer Hoffnung an Puppen von der Jämmerlichkeit Stuermers oder gar Protopows zu knüpfen. Allmählich erst lernt Europa die Männer kennen und schätzen, denen der Wille des Heeres, der Arbeiterverbände und der geistigen Menschen die Gestaltung des Russenschicksals einstweilen anvertraut hat. Nur Herrn Miljukow, der jetzt das Auswärtige Amt leitet, kannten wir; er war in Sofia Professor, der Liebling dieser Hauptstadt, trat immer für die Bulgaren gegen die Serben ein, wurde, weil Zar Ferdinand und sein (dem russischen Professor eng befreundeter) Ministerpräsident sich den mitteleuropäischen Kaiserreichen zuwandten, verhöhnt und gescholten und hofft nun, daß die Bulgaren (die auch er für einen echten Slawenstamm zu halten scheint) in dem freien, von Herrschsucht freien Rußland nur noch das Reich zuverlässiger Brüder erblicken werden. Kulturhistoriker, Staatsrechtslehrer, Geigenkünstler (auch in dieser Kunst Herr Radoslawow gefelli); England und Amerika hörten ihn. Um das Vertrauen der Serben, die er unterschätzt hatte, zurückzugewinnen, hat er in seiner Botschaft an die Presse des Zehnbundes besonders freundlich von ihnen gesprochen. Das nächste Ziel unserer Revolution war, sagt er, „die Befreiung von all den Hindernissen, die Rußland auf dem Weg zum Sieg hemmten. Das ist gelungen; und wir werden unsere Anstrengung doppeln, um uns den Sieg zu sichern, der für uns die Vorbedingung gedeihlichen Daseins ist. Deutschlands Sieg wäre der Sieg rückständiger Mächte und das Grab unserer schönsten Hoffnungen. Der Regierungswechsel hat unseren Anspruch nicht geschwächt. Stärker als je ist unser Verlangen nach Konstantinopel, das zur Sicherung unserer Wirtschaftsfreiheit unentbehrlich ist. Wir wollen die von Oesterreich-Ungarn unterdrückten Völker erlösen und die gerechten Wünsche jeder Nation erfüllen. Die Staaten, die Deutschlands Fuß zertreten wollte, Belgien, Serbien, Rumänien, werden auferstehen und größer sein, als sie zuvor waren. Wir wollen ein lebensfähiges, starkes Südslawenreich schaffen und das von Ruhm gekrönte Serbien durch einen uneinnehmbaren Schutzwall gegen deutschen Vordrang in den Balkan sichern. Diese Kriegsziele sind nur nach endgiltigem Sieg zu erreichen. Der ist uns ge-

wiß; denn der Wille, ihn zu erstreiten, ist im russischen Volk nicht zu erschüttern.“ Später hat er die Türkei, der Armenien, Mesopotamien und die Wallfahrtsstätten fürs Erste verloren sind, mit der Andeutung zu ködern versucht, sie könne Konstantinopel behalten, wenn sie sich vom Deutschen Reich löse und dem Schutze der russischen Demokratie anvertraue. Unter seinen Umständen soll den Kriegsschiffen fremder Nationen die Durchfahrt ins Schwarze Meer gestattet werden. Oesterreich-Ungarn soll die Slawen, Jialer, Rumänen an deren Stammstaaten verlieren (die Ukrainer an Rußland) und nur Deutsche und Magyaren behalten. Also: zwei Kleinstaaten mehr. Was Herr Miljukow auf dem Sitz der Nesselrode, Gorischakow, Giers, Lobanow, Jswolskij, Sasonow zu leisten vermag, wird bald erkennbar werden; auf der dünnen Halde stehen Kritiker mühsens kann auch der Kräftigste nicht das Maß und die Fülle seines Schöpferwesens zeigen. Herr Kobstantko, das Haupt des Wohlfahrtsausschusses, war Hitzköpfer lange als ein Lauer verdächtig. Der, hieß es, wird sein Geschäft stets mit dem Hof machen und zufrieden sein, wenn er im Rang der Hohen Excellenzen thront. Gerade er aber hat den Zaren in den Entschluß zu ernsthafter Reform zu drängen versucht, dann die Abdankung durchgeführt und nicht gezaubert, den entkrönten Nikolai Alexandrowitsch, der ins Hauptquartier des Generals Alexejew geflohen war, nach Zarsselo, in Haft, führen zu lassen. In der letzten Sitzung der Zarenreichsduma hatte er das Präsidium an den Gefährten Nekrassow abgegeben und sprach selbst über die (durch völlige Verkehrsstockung, nicht, wie uns immer wieder erzählt wurde, durch Mangel bewirkte) Nahrungsmittelnoth. „In Petrograd und anderen Großstädten sind, weil das Volk sich nicht auskömmlich ernähren kann, Unruhen entstanden, von denen uns in dieser schweren Kriegszeit Gefahr droht. Der Hauptgrund ist, wie hier oft betont wurde, die Unzulänglichkeit der Organisation. Das Volk muß schnell und gründlich beruhigt werden. Unter dem Vorsteh des Ministerpräsidenten wird heute ein Ausschuß berathen, was geschehen kann und muß. Außer vier Ministern und deren Gehilfen, den Präsidenten des Reichsrathes und der zuständigen Semstwo-Verwaltung und dem Bürgermeister von Petrograd wird der Vorstand der Reichsduma anwesend sein; und Sie dürfen die Ueberzeugung mitnehmen, daß wir mit festem Willen für die Beschlüsse eintreten werden, die der Reichsduma zur Wahrung der Volks-

gesundheit nothwendig scheinen.“ Der Abgeordnete Godnew (jetzt Reichskontrolleur) hatte gesagt: „Wie viele Regierungserlasse, denen Gesetzeskraft zugesprochen wurde, sahen wir kommen und, enträftet, verschwinden! Rekrutenaufgebot: hinfällig; Arbeitspflicht der Fremdvölker: zurückgenommen. Das Volk glaubt nicht mehr an solche Erlasse; und ich habe den Eindruck, daß die Regierung selbst ihnen nicht ernstlich Gehorsam heischt. Sind denn Gesetze noch überall bindend? In Kasan ist seit einem Jahr die Zahl der zu nährenden Bürger ermittelt und, nach der Einführung des Kartensystems, jeder Lebensmittelbedarf gedeckt worden. Dort ist's Gesetz und darf es sein. Weshalb nicht in Petrograd?“

Vorangegangen war ein Rededuell der Herren Schingarew (der jetzt Landwirthschaftsminister ist) und Rittich (ders im zarischen Rußland zuletzt war.) Schingarew: „Statt uns zu sagen, was er thun will und daß er überhaupt einmal Wirksames thun will, übt der Landwirthschaftsminister sich in den Künsten der Polemik. Er ist, natürlich, unschuldig; schuldig sind seine Vorgänger, die Höchstpreise, Treiberelen der Presse und Verbände, Semstwo-beamte und deren Beziehung zu allerlei Statistkern. Wo aber ist sein Plan, wo, in all dem Gerede eines Aufgeregten, die Andeutung des Systems, das uns helfen könnte? Der Minister erzählt uns, nur das vaterländische Gefühl, die Begeisterung könne seinem Mühen den Erfolg sichern. Nirgends, Herr Minister, fehlt dieses Gefühl; ihm, der begeisterten Hingabe ans Vaterland, haben wir zu danken, daß Rußland noch aufrecht ist und den Krieg weiterführen kann. Wer aber sucht das Feuer, dessen Gluth über alle Fehler hinweghalf, zu erlöchen und die Begeisterung, die Alles und Alle zusammenhält, zu dämpfen? Etwa der Städtebund? Weshalb haben wir nicht ein innerlich einiges Kabinet? Warum wagt der Minister für Volksgesundheit nicht, sich heute hier zu zeigen? Wer hat die ehrwürdigen Greise des Reichsrathes gekränkt und im ganzen Land das Gemeinschaftempfinden untergraben? Die Leistung des Reichsrathes hat mir selten gefallen; durfte man ihn aber, dem Geist und dem Wortlaut des Gesetzes zu ewigem Hohn, wie ein Spielzeug behandeln und erfahrene, im Staatsgeschäft ergraute Männer wie Puppen abtreten und durch neue ersetzen lassen? Der Minister ruft zu Einigkeit auf, fürchtet aber das Licht der Oeffentlichkeit. Kongresse werden verboten. Der Wo:ost (der kleine Landgemeinbezirk und die von ihm gewählte

Behörde) darf in seinen Versammlungen Fremde nicht dulden. Welche in Rußland lebende Fremden haben wir in dieser Kriegszeit denn zu fürchten? Wenn der Minister sich nicht zum Ausbaur der örtlichen Einrichtungen entschließt, wird er nichts erreichen. Den von ihm so stark betonten Gegensatz zwischen Erzeugern und Verbrauchern hatß immer gegeben; die Regierung ist aber zur Wahrung des Staatsinteresses verpflichtet. Die Rede des Ministers klingt, als sei nur das Heer und die für dessen Bedürfniß thätige Arbeiterchaft zu ernähren. Das für sie nöthige Getreide wird in Beschlag genommen. Doch was soll die Volksmasse thun? Wie sollen die Städter ihren Hunger stillen? Ist Das dem Minister gleichgiltig? Aus seinen Worten wird das Land die Lösung heraushören: Alles fürß Heer; die Anderen mögen sehen, wo sie bleiben! Alle Russen aber müssen Brot erhalten; das Getreide muß gefunden, geliefert, befördert werden. Und die Reichsduma muß sagen: Wir haben Soldaten und Geld bewilligt; jezt schaffet Brot, sonst fehlt Ihr der heiligsten Pflicht, deren Erfüllung das Vaterland fordern muß. Wir haben das Unser gethan. Zu Einigkeit soll der Minister seine Kollegen mahnen; sie soll er laut vor leichtfertiger Zersplitterung der Volkseinheit warnen und ihnen sagen, daß die Auflösung der Reichsduma in der Kriegszeit die That Wahnsinniger wäre. Bekümmert er sich um die Feldarbeit, deren Wiederbeginn im Süden naht, um die Pflanzung von Saatgut, Maschinen, Geräth? Sorgt er dafür, daß nicht zu viel Hafer angebaut werde und dann Hirse, Gerst, Kartoffeln fehlen? Die in seinem Ministerium herausgegebenen 'Nachrichten des Ausschusses für Ernährungsfragen' beschreiben, wie fleißig und umsichtig in anderen Ländern gearbeitet worden ist; da giebt es Statistiken, Bestandsaufnahmen, Organisation aller Art und man zittert weder vor den Arbeitern noch vor dem Dritten Stand. Der Vergleich stimmt bitter; denn bei uns ist nichts geschehen. Die Patronenfabrik in Tula verspricht in großen Inseraten Denen, die ihr Mehl liefern, hohe Provision; ladet also die Herren Stationvorsteher, Kommissionäre und Schieber zu Besuch. Muß man sich nicht schämen, wenn man solches Inserat liest, daß so deutlich das Elend unseres Zustandes beweist? Uns wird gepredigt, die Volkstheil vergifte Alles und müsse für die Kriegszeit ausgeschaltet werden. Staatsangelegenheiten sind aber von dem Bezirk der Volkstheil nicht zu trennen. Treiben denn die Herren auf den Minister-

sthen nicht Politik, wenn sie den Reichsrath gewaltsam zerreißen und flicken, das Verkehrsweisen zerrütten, das Reich an den Rand des Abgrundes bringen, nach Beschwerden über die militärische Censur sich in das Mythengewand des Ausnahmezustandes hüllen, Semstwo und Wolost befehlen und überlegen, wie man die Paragraphen des Strafgesetzbuches zur Entfernung lästiger Abgeordneten benutzen könne? Politik beherrscht das staatliche Leben. Aber es giebt verschiedene Arten von Politik: eine abgelebte, schlechte, grausame, gefährliche und eine auf Vernunft gebaute, von Schöpfergeist bediente, die dem Staat nützt. Und wir streiten mit der Regierung darüber, auf welcher Seite die Politik der Vernunft, auf welcher die des Wahnsinns ist. Heute haben wir die Diktatur des Wahnsinns, die den Geist des Landes knebelt, seinen Besitz vergeudet, aus ergiebigen Quellen nicht schöpft, die Volksnerven aufpeitscht und foltert, in der Stunde schlimmster Gefahr das Reich dem Untergang nähert. Auch diese Diktatur des Überwirthes ist Politik; und ihr Gift hat den Landwirthschaftsminister angesteckt.* Rittich: „Die Herren Schingarew und Miljukow wollen durchaus nachweisen, daß der Landwirthschaftsminister im Unrecht und Alles grundfalsch ist, was er gethan hat. Nur er ist schuldig: weil er seine Pläne nicht durch die Schablone zeichnet, von denen manche Kreise die Rettung erhoffen. Ich theile diese Hoffnung nicht, glaube nicht, daß das Ernährungsproblem leicht zu lösen ist, halte mich selbst aber für viel schuldiger, als mir durch alle Anklageschriften und Reden bewiesen werden könnte, und werde in jeder Stunde des Tages und der Nacht von dem Bewußtsein gepeinigt, daß ich nicht ein Tausendstel des in dieser furchtbaren Zeit von mir zu Fordern den leiste. (Sehr richtig!) Rußland braucht heute Riesen: und ich bin nur ein Durchschnittsmensch. Meine Schuld, die ich offen eingesteh, ist: daß ich nicht Titanenkraft habe.“ (Abshemow: Dann gehen Sie doch! Miljukow: Die Erde wird nicht beben, wenn Sie zurücktreten!), „Dürfen wir in dieser Stunde uns mit Kleinem aufhalten? Vielleicht hebt das Schicksal zum letzten Mal die Wage, in deren Schalen Rußlands Zukunft ruht. Auf die Wägschale, die den Sieg, den Wohlstand, die Zukunft Rußlands trägt, sind aus unsichtbaren Welten die Blicke all der Millionen gerichtet, die für des Vaterlandes Zukunft schon ihr Herzblut vergossen haben. Auf diese Schale müssen wir, unermüdetlich in jeder Stunde, Alles legen, was zur Erhaltung der Leben

mitzuwirken vermag, die das Vaterland vielleicht auch noch für sich fordern wird.“ Dieser Rede antwortete nur der Ruf, der Minister solle sich vor der Entweihung heiligen Gefühles hüten. Ein Agrarier aus der Oktoberpartei rief, die Politik des Verkehrsministers werde durch die Thatsache beleuchtet, daß da, wo Wagons fehlen, Getreide sei, und da, wo es fehle, sich die Wagons sammeln. Später sagte Schingarew noch: „Nicht nur in Petrograd, sondern auch in anderen Städten schreien auf der Straße hungernde Menschen nach Brot. Ist dieser Zustand noch erträglich? Der für Petrograd Bevollmächtigte soll behauptet haben, der Brotvorrath reiche für zwanzig Tage. Warum haben dann die Bäcker nichts? In der Hauptstadt hatte der Stadtpräfekt Fürst Obolenski für die Vertheilung zu sorgen. Der schied, nach einem Gemunkel über allerlei dunkle Vorgänge, aus dem Amt; und aus den Händen seines Nachfolgers ist das Vertheilungsrecht dann auf einen Herrn Weiß übergegangen. Die Gemeinde, alle Organe der Selbstverwaltung sind davon ausgeschaltet; sie hatten einen vernünftigen Plan ausgearbeitet, wollten Brotarten einführen, aber Herr Weiß war dagegen. Wer ist denn dieser Herr Weiß, dessen Wille alle Bemühungen der Gemeinde über Nacht vereiteln kann? (Ein Deutscher!) Ordnung könnte nur der Bürgermeister schaffen; er allein, der sofort Bürgerausschüsse bilden und alle Volksklassen zur Mitarbeit heranziehen müßte, käme ans Ziel. In Petrograd sollen fünfzigtausend Pferde sein, die man jetzt, weil Hafer und Heu fehlt, schon mit Brotgetreide und Mehl zu füttern anfängt und die den Menschen also das Brotkorn wegfressen. Ist Das zu dulden? Noch hoffe ich, daß die tauben Ohren endlich die Stimme des Volkes hören und ihr antworten werden. Thun sie es nicht, so wissen wir, daß diese Leute auf eine Lebensfrage des Reiches keine Antwort haben und daß nur der Volkswille das Volk retten kann.“

In den letzten Sitzungen der zarischen Zeit wurden wirtschaftliche und soziale Fragen heftig erörtert. Im Reichsrath sprach der Oktobrist Gutschlow, der dem Ausschuss für Kriegsindustrie vorsah und nun Kriegsminister ist: „Die Wirrnis im Verkehrswesen wird mehr und mehr zur Reichsgefahr. Auf den Stationen lagert das Getreide; die Mühlen erhalten kein Korn; das in Mittelrussen und Sibirien gestapelte Fleisch wird ungenießbar, weil an den Knotenpunkten sich die Wagons häufen und nicht vorwärts können, bis

Thauwetter wird. Seit den letzten Januartagen nehmen die Eisenbahnen Güter zur Beförderung nicht mehr an; sie befördern nur noch Heizstoff für ihren Eigenbedarf und scheuen sich niemals, die anderen Abnehmern zugebachte Kohle in Beschlag zu nehmen. Selbst die mit Getreide nothdürftig versorgten Mühlen mußten, weil ihnen Kohle und Naphta fehlt, ihren Betrieb einstellen. Viele Städte und Dörfer sinken nach Sonnenuntergang in Nacht und verlieren dadurch unersehbare Arbeitszeit. Erz und Koks, Nährmittel für Mensch und Thier kommen nicht an die Erzeugungstätten. Schon ist der Metallmangel merkbar und bald werden noch mehr Industrien in Stillstand gezwungen werden. Was hat sich gebessert, seit der neuen Regierung (Galinin's) durch Allerhöchsten Erlaß die Sorge für Heer und Hinterland als Hauptpflicht eingekürzt wurde? Nichts; der Wirrwarr ist sogar noch schlimmer, die Kluft zwischen Regierung und Volk breiter geworden. All diese Erscheinungen sind Folgen des selben Grundübel's. Rußland ist schwerkrank, seine Regierung kraftlos und lahm, seine Zukunft ernstlich gefährdet. In der Reichsduma redete der Abgeordnete Romanow, der jetzt im Wohlfahrtausschuß sitzt. „Die Gewerkschaften sind verfolgt, die Mitglieder des Arbeiterrathes verhaftet worden. Ein unerhörter Fehler; der beweist, wie richtig Miljukow's Wort war, eine dicke Mauer hindere die Stimme der Vernunft und des Volksgewissens, endlich ins Ohr der Regierung zu dringen. Menschen, die für die Landesverteidigung arbeiteten, wurden ins Gefängniß geworfen, weil sie verdächtig schienen, Rußland in eine sozialdemokratische Republik umwandeln zu wollen. Nur Blödsinn konnte in solche Beschuldigung kommen. Ich hatte Tag vor Tag mit den Vertretern des Arbeiterrathes zu thun und muß hier bezeugen, daß sie mit kräftigstem Ernst, mit klugem Verständniß, mit begeisterter Hingebung für die nationale Sache gearbeitet haben. Das war nur möglich, weil in ihnen das Feuer der Vaterlandliebe glühte. Sie halfen den Sieg organisiren und scheuten kein Opfer, das dem Reich eine helle Zukunft sichern könnte. Sie haben von Strik'es abgemahnt und die Ausländigen beschworen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Ausruf, der dafür wirken sollte, wurde von der Censur nicht durchgelassen. Gutschkow schickte ihn dann mit einem Begleitbrief an den zuständigen Minister, den Obercensur und die Zeitungen. Jrgendeine dunkle Macht hat um zwei Uhr nachts verboten, daß dieser nothwendige, nützliche Auf-

ruf erscheine. Der Arbeiterrath erstrebt Einigungämter, die Anerkennung seiner Vertrauensmänner in den Fabriken, Gemeinshaftküchen, Förderung des Konsumgenossenschaftswesens. Er will das Vaterland gegen den Feind vertheidigen und sein Vorsitzender, Gwozdwew, hat das Gerücht, der Arbeiterrath setze seine Hoffnung auf Rußlands Niederlage, öffentlich eine Verleumdung genannt. Ein Genosse Gwozdwew hat gesagt: „Rußlands Niederlage können nur Schwächlinge wünschen; sie würde unsere Industrie und die Hoffnungen der Arbeiter vernichten.“ Ein anderer rief in Moskau: „Nie würden wir einen Sonderfrieden annehmen. Kein Arbeiter ist für die Losung: Frieden um jeden Preis!“ Den Arbeitern wird vorgeworfen, daß sie Politik treiben. Ist Das Verbrechen, so ist das ganze Volk schuldig. Wer irgendwie zur Besserung des Gesellschaftszustandes zu wirken strebt, treibt Politik. Wem bahnt denn die Regierung den Weg, wenn sie die Gruppe zerstört, die gefährliche Strömungen in der Arbeiterschaft dämmen kann und will? Der Kampf gegen den Arbeiterrath ist nur ein Symptom, doch ein besonders trauriges, in dem Gesamtkampf der Regierung gegen Volk und Oeffentlichkeit. Wir sind als Wächter russischer Würde und Ehre bestellt und dürfen nicht dulden, daß der Arbeiterrath und damit die ganze Gesellschaft rauch ins Dunkel zurückgestoßen werde. Die Volksmasse ist zu Pflichterfüllung freudig bereit und verbürgt uns ein Kriegsende in Ehre.“

Der Sozialdemokrat Tschcheidse, jetzt Mitglied des Wohlfahrt- aussschusses, verlas einen im Dezember gefaßten Beschluß des Arbeiterrathes, der ausspricht, daß er stets gegen Krieg war, den Angriff des Feindes aber mit aller Kraft abwehren und einen dem Willen der Demokratie genehmen Frieden sichern wolle. „Die Regierung (der ich, wie Jedem, ob Freund oder Feind, gerecht zu werden versuche) zerstört den Arbeiterrath und die Arbeiterpresse, die Gewerkschaften und die Bildungsvereine. Kann die Verurtheilung solchen Handelns zu schroff sein? Man hat von Burgfrieden, von Einheit und Brüderlichkeit geredet; doch ist es bei schönen Worten geblieben. Im Bund mit der Regierung haben auch Unternehmer gegen die Arbeiter gelämpft. Zwar geht die Legende um, der Krieg habe nicht nur Spekulanten bereichert, sondern auch die Regierung, jeden Kapitalisten, Bauer, Arbeiter. Der gerade sei jetzt in nie erträumten Wohlstand gelangt. Diese Angabe ist unhaltbar. Vor dem Krieg wurde neun bis zehn, jetzt wird zwölf Stunden (im

tiemer Arsenal sogar dreizehn) täglich gearbeitet. Diese Thatsache und der Ausfall mancher Feste hat die Arbeitswoche um die Hälfte verlängert. Darunter leidet die Gesundheit. Und die viel berebete Lohnerhöhung bleibt weit hinter der Erhöhung der Lebensmittelpreise zurück. Da die Arbeiterklasse, deren Organisationen zerstört wurden und der man das Recht auf eine eigene Presse abspriecht, schußlos der Polizeiwillkür und Unternehmerhabgier ausgeliefert ist, wollte sie wenigstens in Einigungämtern vertreten sein. Dagegen sogar wehrte sich die Regierung und ein in Petrograd mächtiger Fabrikantenflügel. Nie zuvor war die Ausbeutung der Arbeitskraft so unbarmherzig grausam wie während dieser Kriegszeit. Unsere Genossen sind verhaftet und in die Ferne verschickt worden; und wenn wir diese zum Himmel schreitenden Rechtsbrüche hier an den Pranger stellen, versuchte man, uns mit Versprechungen abzuspeisen, und wisperte: „Nur keine Uebereilung! Vielleicht werden die nach Sibirien verbannten Arbeiter vom Kaiser begnadigt!“ Welche Ueberfülle hohler Phrasen floß in der Kriegszeit von der Tribüne dieses Hauses! Auch das Wort „Provokation“ war und ist sehr beliebt. Alles soll Provokation sein. Ich aber sage, daß die Regierung Alles nur benutzt, um im Trüben zu fischen; daß die Arbeiterklasse weder verhetzt wird noch provozieren will, sondern von dem Zustand Rußlands genöthigt wird, mit aller Kraft selbst für den Schutz ihrer Interessen zu sorgen.*

Der Abgeordnete Kerenstij, Führer der Trudowaja-Partei (der in „Mühsal Fronenden“, deren agrar-sozialistisches Programm ungehemmte Selbstverwaltung, Vertheilung des der Dynastie, dem Staat, Klerus, Grundadel gehörigen Landes an die Bauern, Demokratie und Republik fordert), in der Provisorischen Regierung Justizminister: „Der Regierung liegt gar nicht daran, ob die Arbeiter, die sie verhaften und dann in der Presse verleunden läßt, über den Krieg und über den Zustand Rußlands diese oder jene Meinung haben. Daß die gestern Verhafteten über den Krieg ganz anders denken als die vor zwei Jahren Verschiedenen, ist der Regierung gleichgiltig. Sie zittert vor jeder Organisation, vor jedem einigen Willen des arbeitenden Volkes. Sie will sich um jeden Preis auf ihren Plätzen halten und findet diese Aufgabe viel wichtiger als irgendeine Arbeit für die Zukunft des Volkes. Jede nervöse Bewegung, jede politische Regung der Masse wird als Hochverrath hingestellt. Deren Geduld neigt aber

dem Ende zu; und die Stunde naht, da Sie die wahre Stimmung dieser Menschen erkennen werden, die nur höchster Bürgermuth ohne Vorrechte den furchtbaren Drang des Alltages so lange ertragen ließ. Wir brauchen nicht klingende Worte und schöne Gesellen, sondern freie Entwicklung des Gesellschaftslebens; sonst ist der Zusammenbruch nicht zu vermeiden. Lesen Sie die Zeitungen der Konservativen: da wird offen empfohlen, all dem Gefasel von Burgfrieden ein Ende zu machen und den Keim der Revolution in Blut zu ertränken. Das alte System und dessen Diener können Rußland nicht retten. Das vermag nur der Wille der Demokratie, vom Wort zur That überzugehen. Die Leute, die auf Kosten der Reichszukunft sich selbst, ihr privilegiertes Dasein, retten wollen, sind die Feinde des Reiches; und ich bin gewiß, daß schon der Tag dämmert, der unerblittlichen Kampf gegen diese Leute bringen wird.“ Eine Woche danach fiel Nikolai und sein ganzer Troß. Für das Januarheft einer petrograder Monatschrift hatte Herr Kerenstij einen Artikel geschrieben, dessen Hauptsätze nicht nur für Russen beträchtlich sind. „Der Krieg hat das Gesellschaftsbewußtsein aus Europa nach Asien zurückgeworfen. Das Verhältniß der Regierung zum Volk erinnert an die Satarenzeit oder an das alte Moskowitenthum. Das aber gestattete dem Volk wenigstens eine ‚Meinung‘; heute ist sie verboten. Nach dem Rückfall in die Weltanschauung und Denkform der Urgelt entstehen neue Mythologien und Fetischismen. Das Unglück des Vaterlandes wird als eine Folge feindlicher Tücke, das Mißgeschick des Feindes als gerechte Himmelsstrafe beleuchtet. Hier waltet Gott, dort der Teufel oder wenigstens ein Kleiner von den Seinen. In dem trefflichen Roman ‚Mr. Britting leert den Becher bis zur Neige‘ schildert Wells die qualvolle Bewußtseinswanblung, die England während des Krieges durchlebte. Zuerst Staunen und Wirrniß; dann Spionenfurcht und die Sucht, Verrath, Drückebergerei, gefährliche Verwandtschaft und Freundschaft zu erschnüffeln. „Ist (fragt die Kaffeeschwester) von den deutschen Sauten unseres Königs nichts zu fürchten? Man müßte sie beobachten lassen. Eine legt überall Grundsteine. Wozu? Weil da Cement ist. Das braucht man, um Geschütze in Stellung zu bringen. In die Zeitungen kommt darüber nichts. Die müssen Alles verschweigen.“ Doch aus der Kriegssphäre fand der gesunde britische Bürgerverstand den Rückweg in helle Vernunft. So weit sind wir noch nicht. Lange schrieb man die Niederlagen irgendwelchem ‚Verrath‘ zu: und daraus ent-

raub die niederträchtige Verdächtigung der ganzen Judenheit. Etwas besser ist's seitdem geworden. Das Heer, hieß es, war schlecht gerüstet und genährt; daher das Unglück. Allmählich tastet man sich in die Erkenntniß: Das ganze System trägt die Schuld. Wer zuvor gegen die Verleumdung gelämpft hatte, war beschuldigt worden, im Solde des Feindes zu stehen. Nicht nur von fromm gläubiger Einfalt: auch von Würdenträgern, Priestern, Interessenten aller Art, die zwar die Wahrheit kannten, doch die Lüge verbreiteten und die getäubten Massen in immer ärgere Wuth hezten. Die Theuerung, das Symptom der Wirthschaftskrankheit, schob einen neuen Sünden vor's Auge: den Industriellen, Zwischenhändler, Kleinräumer. Eine Pogromseuche wüthete im Reich; biß der Bürger merkte, daß er wieder Personen die Schuld des Systems aufgebürdet habe. Die dünne Kulturhülle der Meisten ist während der Feuer- und Schwert-Probe geplatzt. Und nur tapfere, politisch empfindende, ihrer Verantwortlichkeit bewusste Menschen nehmen das undankbare Amt auf sich, den ‚Patrioten‘ zu widersprechen. Bequemer ist's ja, die Stimmung erbitterter Massen auszubeuken und ihnen heute den Feind, morgen den Juden, übermorgen den reichen Kaufmann als Sündenbock auszuliefern. Die Pshose muß, endlich, aber ganz und gar abgeschüttelt, die lebendige Tragödie des Weltkrieges darf nicht länger als eine an Pisse grenzende Tragikomödie betrachtet werden. Moskauer Wahrsagerinnen erklärten vor kurzer Zeit noch alle Vorgänge innerer und äußerer Politik aus dem Wesen des Satans und ‚der Engländerin‘ (Kaiserin Alexandra), die gemeinsam Rabalen gegen das Mütterchen Rußland erfannen. Ist der Rückfall in solchen Unsinn unseres Volkes würdig? Von Ammenmärchen müssen wir ins Licht der Vernunft gelangen, die dem größten Theil der Gebildeten allzu lange umnachtet war. Wir müssen erkennen, welche Ursachen die üblen Erlebnisse bewirkten und welches System das Staatsgebäude bis in die Grundmauer erschüttert hat.“

Alle Reden und Artikel beweisen, daß in Nikolais letzten Herrschertagen das Wort freier war als in manchem westlichen Reich. Was jetzt wird, ist noch immer nicht klar zu erkennen. Vor zwölf Monaten schrieb ich hier: „Der Orkan reinigt Rußland von Satarenwust und Spulbleiseln; dann lebt es, mit breitem Ausgang in steis offenes Meer, fern von der Sucht, aus Glaubensgemeinschaft, über Binnensee und Gebirg hinweg, Machtzoll zu pressen; wird dem Völkergerichtshof verpflichtet, Baltien, Finen,

Polen, Ukrainern, Letten, Juden kein Staatsbürgerrecht zu stümmeln; Bauerland, das alle Kraft für moderne Wirthschaft, Schulen, Wege aufwendet, seine Städte aus funkelnden Beulen in Sammelbeden für die kräftigsten Volkskräfte wandelt und seinen Ithin, geistlichen und weltlichen, im Feuer fessellosen Massenornes läutert.* Wird es so? Den Finen ist das alte Staatsrecht zurückgegeben, den Juden das russische Vollbürgerrecht zuerkannt, den Polen die Wiederherstellung ihres Reiches (des großen, das von der Ostsee bis an die Karpathen streckte, Posen und Krakau umfing) gelobt worden. Jedem Fremdvolk, das auf seinem Siedelgebiet die Mehrheit hat, wird das Recht auf Selbstverwaltung gewährt. Den Schweden und Norwegern verkündet, daß russischer Vordrang an ihre Küsten nie mehr, auch nicht im Nothfall, zu fürchten sei. Aus den Kerker, aus Sibiriens Steppe und Bergwerken lehren die Verbannten heim. Ringsum regt sich neues Leben und aus Millionen leuchtet die Hoffnung, daß die Sonne der Freiheit auf fallen Felbern rasch ganze Garben junger Talente reifen werde. Die ungeheuren Krondomänen, Paläste, Landgüter der entthronten Dynastie, sogar die Sonderzüge Nikolais sind in Reichsbesitz übernommen und die Eigenthümer von Bildnissen eines den Häusern Romanow und Holstein-Gottorp Angehörigen öffentlich aufgefordert worden, solche Gemälde, Skulpturen, Zeichnungen ins moskauer historische Museum einzuliefern. Da den Russen, Herrn und Knecht, Gebildete und Landvolk, der Treubruch, die Lösung aus dem Bündnißvertrag und dem londoner Waffengemeinschaftspakt, immer Totsünde dünkte, war an Sonderfrieden nicht zu denken und das Mühen abenteuernder Dilettanten und Milchbärtchen zu Unfruchtbarkeit verdammt. Die Republikaner und Sozialdemokraten rufen in alle Lüfte, daß sie den Krieg mit gedoppeltem Angestüm führen, den Sieg um jeden Preis erstreben wollen. Das wird in den größten Sozialistenblättern Petrograds täglich gesagt. Als Sprecher des revolutionären Arbeiterrathes, in dem jetzt auch Reichsduma und Heer vertreten sind, rief der Mitregent Genosse Scheidse den Truppen zu: „Lernet, Offiziere und Mannschaft, einander verstehen und achten, wahret, als freie Bürger gleichen Rechtes, eiserne Zucht und schücket, mit der Bayonette in starker Hand, Rußland, Eure Mutter! Schrecket, als die Löwen der Revolution, den Feind und erlahmet nicht im Kampf, bis er unserem Vorgang gefolgt ist.“ Justizminister Kerenstij (der die Frauen ins Amt der Anwälte und Richter zuläßt

und ihnen das Wahlrecht verschafft hat) spricht als Haupt der grimmen Trudowicki, denen deutsche Sozialisten gestern noch unendliche Sehnsucht nach schnellem Friedensschluß zuschrieben: „Die internationale Brüderschaft der Arbeiterklassen wird die rückständige und gewalthätige Kaiserrei mit der Waffe bestegen.“ Wo:osts, sogar sibirische, bestürmen die Regierung, vor dem endgiltigen Sieg im Kampf nicht zu rasten. Preobraschensker und andere Garderegimenter aus beiden Hauptstädten huldigen in kriegerischer Rede den neuen Reichsleitern; und von den Fronten, aus den Hauptquartieren kommt der Massenbeschuß, jeden Versuch zur Dämpfung des Kriegsfeuers als Verbrechen, als Reichsverrath anzuprangern. Kinder, die gestern lallten, der Britenbotschafter Buchanan habe die ganze Reichsduma gekauft, plärren heute, die Revolution sei der Friede. Trotzdem das Alkoholverbot (eine Großthat, die wir dem Feind selbst nachahmen müßten) noch in voller Kraft ist und, nach dem Gelöbniß des Finanzministers Tereshtenko, fortan bleibt, ist Rußland noch in beseligendem Rausch. Den zeugte die Hoffnung, den stärksten Feind zu bezwingen und zugleich dem an Schätzen überreichen Vaterland den Weg in Freiheit, Wohlstand, Bürgerglück breiter zu bahnen. Und er brach wohl in Taumel aus, als die Botschaft kam, Amerikas Norden, dem der Süden bald folgen werde, habe sich, einen Erdtheil und die stärkste Demokratie der Welt, in die Kampfgenossenschaft der Zehn eingereiht. Wie es, in dem Land ohne Uebergangstemperatur, morgen aussehen werde, kann Niemand wissen. Verstand begreift den Russenflam nicht; man muß dranglauben. Der enikrönte, verhasste Gossudar mahnt, in der Oberstenuniform, die er nie mit eines Generals vertauscht hat („Ich kann mich doch nicht selbst avanciren lassen“), die Truppen, der aus Revolution geborenen Regierung die Treue zu halten. Aus dem vom Rebellenheer bedrängten Schloß tritt, in Schwestertracht, die Kaiserin und spricht, gelassen, ohne ein Flackern des Tones: „Meine Kinder sind krank und ich pflege sie, wie ich Verwundete pflegte. Ich lasse nicht schließen. Schaltet hier, wie Euch Recht scheint.“ Ihre Garde giebt die Waffen ab, die Revolutionäre beziehen die Wache und in Zarskoje Selo kehrt sogleich wieder Ruhe ein. Das vornehmste Garderegiment, dessen Chef bis zum Kriegsausbruch der Deutsche Kaiser war, rückt mit klingendem Spiel in den Saurischen Palast, heischt, in anständiger Rede, den Entschluß zu schleunigem Umsturz der Reichsordnung und bleibt im Saal, bis die letzte Sitzung der Gossudarstwennaja Duma geschlossen ist. Aus

allen Reichszonen bringen ergraute Vertreter des Mir, der Dorfgemeinde, deren Name auch die Welt, die schöne, friedliche Ordnung des Weltalls, den Kosmos des Russen bedeutet, dem Wohlfahrtsausfluß Brot und Salz, segnenden Gruß aus dunkler Ferne. Großindustrielle und Händler spenden ihm Millionen, Banken und andere Aktiengesellschaften bieten ihr Grundkapital für den Zweck innerer Anleihe an. Und ein greises Bäuerlein trägt, Tage lang auf müden Füßen, zweiundsechzig Rubel nach Petrograd und verpflichtet die neue Regierung, der er das mühsam Ersparte schenkt, durch Handschlag, „der alten keine Kopeke davon zu geben.“ Das ist Rußland. Unter der Stachelshale des Zarismus war es immer urdemokratisch, urchristlich kommunistisch. Nur für den russischen Bauer konnte das Wortgebild „revolutionärer Konservatismus“ erfunden werden. Nur dort ein alter Mushi (Halbmann, Unfreier) vor Jahrzehnten schon einen Beamten in frommer Einfalt fragen: „Ist wahr, daß wir statt eines Kaisers nächstens einen Reichsältesten haben werden?“ Weil auch diese Menschheit noch tiefer in Blutstrom will, weint das deutsche Reich Schillers und Beethovens, wo einst der sanfte Flügel der Freude weilte und alle Menschen, alle nach seiner Freude langenden, Brüder wurden.

„Duldet muttig, Millionen! Duldet für die bessere Welt!“

Winterleid kann dem Lenzrausch, wehe Enttäuschung dem Jubelsang folgen, ehe aus dem gelockerten, nicht mehr von der byzantinischen Theokratie umschnürten Völkerbündel die von den Entbindern erträumten Vereinigten Staaten von Rußland werden. Vielleicht dauert dieses Werden eben so lange wie, nach dem Satz Samarins, die Erziehung des Mushi, der auf plumpen Beinen zuerst stehen, dann, mühsam, gehen lernte. Ob er so weit wandern kann, wie ihn Scheidse führen will, ob er nur bis in Gutschkows (noch mit Heiligenbildern geschmückten) Unterstand stampft oder aus Wirrnitz umkehrt? Eineslei: der russische Mensch sieht heute ein Ziel, an dem er von aller Qual entschädigt zu werden hofft; und weiß, daß er sein grün sprossendes Ideal in langwierige Finsternis einscharren müßte, wenn der Krieg ihm nur Verlust eintrüge. Deshalb müssen wir mit der Möglichkeit rechnen, daß er tapfer, mit geduldiger Umsicht im Krieg ausharren, die nicht sogleich heilbaren Mängel des Verkehrs wesens ertragen und, mindestens, versuchen werde, da fest zu stehen, wo er jetzt auf dem Posten ist. Mehr erwarten die Verbündeten fürs Erste wohl kaum von ihm. Denen

ist das freie Rußland das allen ganz oder halb slawischen Staaten winkende Banner, Kornkammer, Jungferboden, das gestern angeschürfte Eden der Minen- und Industriemänner, Geld- und Waarenhändler, das Pelzparadies, der Naphthaquell, Urwald, Vieh, Wild-, Fisch- und Tabakmarkt, der nächste Weg in Reis- und Theegefilde; das Gelobte Land, wo Milch und Honig in breiterem Strom fließt, als die Eingeborenen selbst ahnen. Mit den drei Kaiserreichen und der bulgarischen Bauerdemokratie hoffen die Feinde auch ohne wichtigen Eingriff Rußlands fertig zu werden. Noch in diesem Jahr, sagte ich zuvor, könnte Friedensverhandlung beginnen, wenn (auf beiden Seiten) der Glaube an die Entscheidung durch militärische Machtmittel wiche; ohne jähen Niederbruch einer Gruppe nur dann. Bagdad englisch, die Vortruppen der Briten und Russen an Persiens Grenze in Fühlung, weite Strecken französischer Erde wieder im Besitz der Republik, Chynas heftige Abkehr von Deutschland, der Britenerfolg bei Urras, die neue Gemeinschaft mit hundert Millionen Amerikanern, die für sich weder Land noch Geld, nicht einmal Kriegskostenersatz begehren und mit ihrer ideellen Lösung auf jeden Menschheitnerv wirken, die zuversichtliche Hoffnung auf Mittel- und Südamerika: kann ein Nüchternen, der vor unseren Kriegern nicht erröthen will, wännen, daß dieser Vierteljahresertrag die Feinde in Gewimmer nach flauem Frieden erschlafft habe?

„Vor der civilisirten Welt klagt der Senat die Deutschen an, in den von ihnen besetzten Gebieten gegen das Privateigenthum, die öffentlichen Gebäude, gegen Ehre, Freiheit und Leben verbrecherisch gehandelt, das von den Vertretern des Deutschen Reiches unterzeichnete Abkommen vom achtzehnten Oktober 1907 bewußt gebrochen zu haben; er liefert die Anstifter zu solchen Schandthaten, deren Sühnung die Gerechtigkeit fordert, den Flüchten des Erdkreises aus und bestätigt mit stärkerem Nachdruck als je den Willen Frankreichs, den ihm aufgezwungenen Krieg fortzuführen, bis der deutsche Imperialismus und Militarismus, die für das Elend, die Trümmer und Trauer der Welt Verantwortlichen, für immer zerschmettert sind.“ Dieser Beschluß des pariser Herrenhauses liebt seit dem ersten Apriltag an den Mauern aller französischen Gemeindegäuser; aus jedem Wort flammt unlöschbare Wuth. Herr Hanotaux (der meint, der Friedenskongreß werde länger als der siebenjährige, der 1648 in Münster und Osnabrück endete, währen) stellt die Landleute vor die Wahl: Kampf bis

in Triumph, der die Freiheit unter den Schutz irdischen Weltgerichtes birgt, oder Tod des vom deutlichen Stiefelablaß zerquetschten Erdballes. Auch aus dem von Tauchbooten und Minen umbräuteten Inselreich, aus dem Depeschenwechsel der feindlichen Feldherren klingt keine Friedensglocke. Und die Reden des Senators Chéron, des Berichterstatters über die Gräueltaten deutscher Landverwüstung, und des Justizministers Wolani scheinen von schäumender Lippe gepfaucht zu sein. Was hülf Widerpruch, was gar Aufschlag der Friedenshoffnung, dem Enttäuschung, gefährliche Ermüdung folgen könnte? Die darf nicht sein. „Schließt den heiligen Cirkel dichter!“ Und bestellet, in banger Wartezeit, Euer Haus.

Selbstbewußte Volkheit läßt sich nicht vom Fremdling vorschreiben, was ihr fromme. Doch sie erniedert sich nicht, wenn sie der Stimme einer feindlichen Welt lauscht, die aus dreizehnhundert Millionen Menschen, nicht aus Zufallsgeflügel, spricht. „Im Hinblick auf die Nothwendigkeit, im Kampf gegen eine Uebermacht des Auslandes im äußersten Nothfall auch zu revolutionären Mitteln greifen zu können, hatte ich kein Bedenken getragen, die damals stärkste aller freiheitlichen Künste, das allgemeine Wahlrecht, schon durch die Cirkulardepeche vom zehnten Juni 1866 mit in die Pfanne zu werfen, um das monarchische Ausland abzuschrecken von Versuchen, die Finger in unsere nationale omelette zu stecken.“ War Bismarck, weil er so handelte und sprach, „ein schlapper Kerl, der aus feiger Angst vor dem Feind Königsmacht und Regierungrecht verschleuderte“, oder stark genug, um den Schein der Furchtsamkeit nicht zu scheuen? Damit die dem Preußen gewährte Athemfreiheit nicht von Feinden überboten, ihnen günstige „revolutionäre Nationalbewegung“ vermieden werde, gab der Staatsmann allen Bürgern gleiches Wahlrecht. Nie darf Stillstand sein, weil der Feind Bewegung ersehnt: durch schlauen Zwang in Verneinung würde er sonst unseres Schicksals Meister. Das hängt nicht an Landstücken (die Europäerstaaten einander nicht mehr abnehmen und, zu eigenem Dauernutzen, behalten können), sondern an dem Erwerb höheren Seelenwerthes. Hebt sich das Menschheitsbewußtsein und erhellt auch das deutsche Haus, dann wird, was der Feind allzu laut fordert, was wir still als Nothwendigkeit empfinden: freier Volkswille; und Deutschland weih, wofür seines Schoßes liebste Kinder sterben und leiden.



Die bewährte,
Drahtlampe

Osram

Wettannahmestellen:

Berlin NW, Schadowstr. 8, Kurfürstendamm 234

und an sämtl. Theaterkassen der Firma A. Wertheim.

Leipziger Str. nur wochentags.

Schluß der Annahme für Vorwetten:

Für die Groß-Berliner Plätze

bei persönl. Auftrag bis 1½ Stunden

bei Post-Anträgen bis 2 Stunden

Für auswärtige Plätze bei allen Anträgen
bis 2½ Stunden

vor Beginn des
ersten Rennens.

Am Wochentage vor den Rennen werden in allen Annahmestellen Vorwetten bis 7 Uhr abends angenommen.

Rennen zu Karlshorst am 19. April,

Rennen zu Dortmund am 15. April,

Rennen zu Hannover am 15. April,

Trabrennen zu Mariendorf am 15., 17. April,

Trabrennen zu München-Daglfing 15. April.

Wettbedingungen werden i. d. Wettannahmestell., unentgeltl. verabfolgt

Auf Dich kommt es an!

Sage nicht: Andere haben mehr Geld und verdienen mehr als ich; die sollen Kriegsanleihe zeichnen!

Sage auch nicht: Was machen meine paar hundert oder paar tausend Mark aus, da doch Milliarden gebraucht werden!

Und sage noch weniger: Ich habe schon bei früheren Anleihen gezeichnet und damit meine Pflicht getan!

Auf jede Mark kommt es an!

Es ist wie bei der Nagelung unserer Kriegswahrzeichen; jeder einzelne der vielen tausend eisernen Nägel ist winzig. Aber in ihrer Gesamtheit umfassen sie das Gebilde mit einem ehernen Panzer. So muß auch unser deutsches Vaterland geschützt und gesichert werden durch das freudige Geldopfer der großen und der kleinen Sparer. Jetzt, in der Stunde der Entscheidung, darf **keiner** zögern und **keiner** fehlen!

Disconto-Gesellschaft in Berlin.

Geschäftsbericht für das Jahr 1916. ▶

Dank den unvergleichlichen Leistungen unseres tapferen Heeres und unserer schneidigen Marine konnte die deutsche Volkswirtschaft sich auch im Berichtsjahre ungestört von feindlichen Eingriffen entwickeln.

Mehr noch als in den beiden vorausgegangenen Kriegsjahren ist das Wirtschaftsleben des deutschen Volkes im Jahre 1916 in allen Zweigen durch die vom Kriege erheischten harten Notwendigkeiten bedingt worden. Seine Entwicklung weist daher in vertieftem Umfange dieselben Erscheinungen auf, welche das vorangegangene Jahr kennzeichneten, und die wir in unserem vorjährigen Geschäftsbericht besprochen haben. Die Länge der Kriegsdauer und die stärkere Einschränkung der Einfuhr haben zu einem vermehrten Verbrauch der Vorräte an Lebensmitteln und Rohstoffen jeder Art geführt. Die Folge war die Zunahme der allgemeinen Teuerung. Trotzdem blieben die Preise der meisten für die Volksernährung wichtigen Erzeugnisse hinter den Weltmarktpreisen zurück. Der im allgemeinen günstige Ernteausfall wurde abgeschwächt durch das Minderertragnis an Kartoffeln, welches durch die ungünstige Witterung verursacht wurde, und durch den Ausfall an Brotgetreide, der sich bei unseren Bundesgenossen ergab. Eine weitere Beschränkung des freien Handelsverkehrs und eine weitere Ausdehnung der staatlichen Bewirtschaftung griff Platz. Wenn auch der Erfolg der obrigkeitlichen Maßnahmen den Erwartungen nicht immer entsprach, so hat die Bevölkerung die ihr zugemuteten Unbequemlichkeiten und Entbehrungen doch willig auf sich genommen. Die in der eroberten Walachei gemachte Kriegsbeute hat dann gegen Ende des Jahres die Schwierigkeiten der Verpflegung für uns und unsere Bundesgenossen gemindert und dahin geführt, daß die Grundlagen der Volksernährung bis zur nächsten Ernte jetzt vollkommen gesichert erscheinen.

Ähnliche Schwierigkeiten wie bei der Volksernährung ergaben sich zum Teil bei der Versorgung Deutschlands mit den wichtigsten Rohstoffen. Besonders machte sich die Knappheit der Vorräte in den Gewerben fühlbar, die auf die jetzt abgeschaltene oder stark erschwerte Zufuhr von Materialien aus dem Auslande angewiesen sind, namentlich in verschiedenen Zweigen der Textilindustrie. In glänzender Weise und in zunehmendem Maße gelang es der Wissenschaft und Technik, hier Ersatzmittel zu schaffen, welche uns auch für die Friedenszeit in nicht unerheblichem Umfange vom Auslande unabhängig machen und unsere Handelsbilanz vorteilhaft beeinflussen werden.

Alles das erforderte ein Maß von Arbeit, das noch weit über das in den beiden ersten Kriegsjahren geleistete hinausgeht. Zu ihrer Organisation wurde das Kriegshilfsdienst-Gesetz geschaffen und mit seiner Durchführung der Anfang gemacht. Belastet mit wohlgemeinten, aber zweckwidrigen Bestimmungen sozialpolitischer Fürsorge, hat dies Gesetz den erhofften Nutzen leider bisher nicht in vollem Umfange geschaffen und die schon zu zahlreichen und zu sehr zersplitterten Organisationen unserer Kriegswirtschaft um weitere vermehrt.

Die Heranziehung aller Arbeitskräfte, sei es zum Kampfe mit der Waffe, sei es für die Ausrüstung des Heeres oder für sonstige Arbeit daheim, hat zur Folge gehabt, daß auf dem Arbeitsmarkt die Arbeitslosigkeit fast ganz verschwunden ist.

Den von Monat zu Monat steigenden Ansprüchen der Heeresverwaltung hat unsere Industrie in vollem Umfange entsprochen, und die hierfür erforderlichen umfangreichen Erweiterungsbauten und Kapitalaufwendungen wurden ohne Schwierigkeiten durchgeführt. Eine Einschränkung der Produktion haben nur diejenigen Industriezweige eintreten lassen müssen, welche durch die Knappheit der Rohstoffe dazu gezwungen waren. So hat sich das deutsche Wirtschaftsleben dank der hingebenden Tätigkeit aller Beteiligten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Männer und Frauen, in geordneten Bahnen entwickeln und abspielen können. Wenn seit der letzten Jahreswende eine mit mannigfachen Unzuträglichkeiten verbundene Knappheit an Heizmaterial hervorgetreten ist, so lag der Grund nicht in dem Mangel an geförderter Kohle, sondern in der ungenügenden Zahl der für die Verfrachtung bereitstehenden Transportmittel, die durch die infolge unserer Eroberungen ständig zunehmende Erweiterung des Versorgungsgebietes bedingt wurde.

Die Tätigkeit der Industrie, insbesondere der Schwerindustrie, wurde nach und nach ganz auf den Krieg und seine Erfordernisse eingestellt. Die Anspannung aller Betriebe und die Notwendigkeit, die Leistungsfähigkeit zu steigern und an Rohstoffen und Arbeitskräften zu sparen, führte zu zahlreichen Vereinigungen kleinerer, bisher selbständiger Betriebe mit größeren, namentlich in der Montanindustrie. Dieser Verschmelzungsprozeß wurde noch beschleunigt durch die Steuergesetzgebung, welche bei erheblicher streuereicher Mehrbelastung es verabsäumte, der Doppelbesteuerung des von Gesellschaften vereinnahmten Gewinnes aus Beteiligungen an anderen Gesellschaften in genügendem Maße vorzubeugen, und er hat in neuester Zeit auch auf andere Gebiete übergreifen. Es ist dringend zu wünschen, daß hier durch die Gesetzgebung baldigt Abhilfe durch Freistelung bereits besteuerten Gewinnes geschaffen und der künstliche Antrieb für eine weder im volkswirtschaftlichen noch im kommunalen Interesse wünschenswerte Bewegung beseitigt werde, ehe diese noch größere Ausdehnung angenommen hat.

Aus dem Gebiet der Syndikatsbestrebungen ist als wichtigstes Ereignis neben der bis 1920 erstreckten Erneuerung des Roheisensyndikats die Erneuerung des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats auf fünf Jahre hervorzuhellen, nachdem im Jahre 1915 eine vorläufige Verlängerung des Vertrages bis zum 1. April 1917 stattgefunden hatte. Die preußische Regierung ist dem Syndikat mit ihrem Bergwerksbesitz in Rheinland-Westfalen beigetreten, den sie jetzt durch fast vollständige Erwerbung der Aktien der Bergwerks-Gesellschaft Hibernia wesentlich verstärkt hat. Im Stahlwerkerverbande haben die Verhandlungen zur Syndizierung der sogenannten Produkte B, die in früheren Jahren nicht herbeigeführt werden konnte, mit mehr

Aussicht auf Erfolg begonnen. Ebenso steht nach langen schwierigen Verhandlungen der Abschluss eines deutschen Zement-Syndikats bevor.

Die Ergebnisse dieser aufs höchste angespannten Tätigkeit der Industrie waren ausserordentlich günstig. Wenngleich ein bedeutender Teil des Gewinnes auf Grund des Kriegsteuergesetzes und der erheblichen Erhöhung der staatlichen und kommunalen Steuerbelastung für öffentliche Zwecke in Anspruch genommen wurde, so hat doch im allgemeinen eine bedeutsame Steigerung der Dividendenausschüttungen stattgefunden. Ob hierbei der gesteigerten Abnutzung der Anlagen und Maschinen sowie den bei der Überleitung in die Friedenswirtschaft erforderlich werdenden Aufwendungen in genügender Weise Rechnung getragen worden ist, wird erst die Zukunft lehren.

Die naturgemäße Folge dieser Erscheinungen war, daß die Bewertung aller direkt oder indirekt an der Kriegskonjunktur beteiligten Unternehmungen eine aufwärts gerichtete war, wie dies der vom Reichskanzler auf Grund von tatsächlichen Verkäufen und von amtlich vorgenommenen Schätzungen festgestellte Steuerkurszettel vom 31. Dezember 1916 dartut.

Auch die fest verzinslichen Werte, welche infolge der Steigerung des Zinsfußes für langfristige Anlagen während der vorausgegangenen Kriegszeit eine erhebliche Kursenbuße erlitten hatten, haben sich im Berichtsjahre im Kursstande wieder gehoben. Besonders gilt dies für die guten Industrieobligationen, für welche sich trotz der gewaltigen Summe der zur Ausgabe gelangten hochverzinslichen Kriegausleihungen dauernd eine rege Nachfrage erhielt, und für eine große Anzahl ausländischer Schuldverschreibungen, welche unter dem Einfluß der für sie günstigen Wechselkurse, zum Teil zu erheblich gestiegenen Preisen, aus dem Markte genommen wurden.

Im Vergleich mit der französischen Rente und den englischen Konsols kann auch die Kursentwicklung der deutschen Staatspapiere als eine günstige bezeichnet werden. Seit Ende Juli 1914 sind 3% deutsche Reichsausleihungen von 72% auf 68%, also um 4%, im Kurse gesunken; englische Konsols jedoch von 70% auf 55%, also um 15%, französische 3% Rente von 77% auf 62%, also um 15%.

Der Geldmarkt hat die Flüssigkeit der Jahre 1914 und 1915, von einigen kurzen Schwankungen abgesehen, auch im Jahre 1916 behauptet. Der Reichsbankdiskont betrug unverändert 5%, während der Durchschnittssatz des Privatdiskonts sich auf etwa 4% gegen 4% im Jahre 1915 stellte. Die von uns in den früheren Berichten näher gekennzeichneten Ursachen für das Zusammenströmen gewaltiger Mengen fremder Gelder in Banken und Sparkassen in den beiden ersten Kriegsjahren sind im dritten Kriegsjahre in gleicher Weise wirksam gewesen und haben so auch bei den Berliner Wechselstuben und Zweigstellen der Disconto-Gesellschaft ein weiteres, fast ununterbrochenes Steigen der Depositen zur Folge gehabt. Den bisher veröffentlichten Tabellen zufolge war der zum 15. Juli 1914 mit 100% angenommene Bestand der Depositen am 31. Dezember 1914 auf 119% und am 31. Dezember 1915 auf 128% angewachsen. Die Entwicklung im Jahre 1916 ist aus folgendem ersichtlich:

Bestand am 15. Juli 1914 mit 100% angenommen. Am 31. Dezember 1915 128%, am 15. Januar 1916 143%, am 31. Januar 1916 143%, am 15. Februar 1916 148%, am 29. Februar 1916 161%, am 15. März 1916 160%, am 31. März 1916 136%. Vom 31. März bis 15. April erste Einzahlung auf die IV. Kriegausleihe. Am 15. April 1916 148%, am 29. April 1916 149%, am 15. Mai 1916 159%. Bis 24. Mai zweite Einzahlung auf die IV. Kriegausleihe. Am 31. Mai 1916 156%, am 15. Juni 1916 162%. Bis 28. Juni dritte Einzahlung auf die IV. Kriegausleihe. Am 30. Juni 1916 158%, am 15. Juli 1916 162%. Bis 20. Juli letzte Einzahlung auf die IV. Kriegausleihe. Am 31. Juli 1916 165%, am 15. August 1916 176%, am 31. August 1916 171%, am 15. September 1916 176%. Vom 30. September bis 18. Oktober erste Einzahlung auf die V. Kriegausleihe. Am 14. Oktober 1916 169%, am 31. Oktober 1916 163%, am 15. November 1916 160%. Bis 24. November zweite Einzahlung auf die V. Kriegausleihe. Am 30. November 1916 183%, am 15. Dezember 1916 196%, am 30. Dezember 1916 195%. Bis 9. Januar 1917 dritte Einzahlung auf die V. Kriegausleihe, am 15. Januar 1917 199%, am 31. Januar 1917 207%. Bis 6. Februar 1917 vierte Einzahlung auf die V. Kriegausleihe. Am 15. Februar 1917 205%, 23. Februar 1917 209%, am 15. März 1917 220%.

Die Kapitalkraft Deutschlands hat sich auch im abgelaufenen Jahre durch die Zeichnungen auf die vierte Kriegausleihe von 1075 Millionen Mark und auf die fünfte von 10699 Millionen Mark erwiesen. Von dem durch den Krieg verursachten Geldbedarf des Reiches sind mithin im ganzen bereits 47 Milliarden Mark durch langfristige innere Anleihen vollkommen gedeckt worden, und es kann mit Sicherheit erwartet werden, dass auch der Zeichnung auf die sechste Kriegausleihe, bei welcher neben der fünfprozentigen Rentenanleihe in neuer, eigenartiger und anziehender Form eine viereinhalbprozentige, innerhalb fünfzig Jahren tilgbare Anleihe zur Ausgabe gelangt, ein grosser Erfolg beschieden sein wird. Die anhaltende Geldflüssigkeit brachte es mit sich, dass auch bei den oben erwähnten beiden Kriegausleihungen die Einzahlungen erheblich früher geleistet wurden, als es nach den Zeichnungsbedingungen erforderlich war. Die Darlehnskassen sind für diese Kriegausleihungen wiederum nur mit verhältnismässig ganz geringen Beträgen in Anspruch genommen worden, die sich zu den verschiedenen Zahlungsterminen zwischen 0,51 und 3,64% der Einzahlungen bewegten. Einen weiteren Beweis für die Finanzkraft des deutschen Volkes bietet die Tätigkeit der Sparkassen im Jahre 1916. Die Gesamtzunahme der Sparkasseneinlagen weist dem Amtshut der deutschen Sparkassen zufolge, ohne Berücksichtigung der auf die Kriegausleihungen abgegebener Summen, den grossen Betrag von 2430 Millionen Mark (2401 Millionen Mark im Jahre 1915) auf. Rechnet man noch die ersparten Jahreszinsen in Höhe von 700 Millionen Mark hinzu, so würde sich am Ende des Jahres wieder ein Zuwachs der Sparkassenguthaben von über drei Milliarden Mark ergeben. Da aber im Laufe des Jahres aus den Sparkassenguthaben rund drei Milliarden Mark auf Kriegausleihungen gezinsnet und eingezahlt worden sind, so hat sich ihr buchmässiger Bestand am Ende des Jahres nur um 250 Millionen Mark auf 20450 Millionen Mark gehoben. Die aus Sparkasseneinlagen auf die fünf Kriegausleihungen abgehobenen Summen betragen im

ganzen 760 Millionen Mark. Im Januar 1917 haben die Sparkassenguthaben auf nur einen Zuwachs von 600 Millionen Mark erfahren, gegen 600 Millionen Mark im Januar 1916 und 420 Millionen Mark im Januar 1915.

In dem von uns im August 1916 herausgegebenen zweiten Nachtrage zu unserer Denkschrift über die „deutsche Volkswirtschaft im Kriege“ ist bereits auf die Gründe hingewiesen worden, welche diese grossen finanziellen Leistungen des deutschen Volkes ermöglicht haben. Im wesentlichen von dem Verkehr mit dem Auslande abgeschlossen, hat die deutsche Volkswirtschaft die ausserordentlich hohen, für die Kriegführung wie für die Volksernährung erforderlichen Kapitalien nicht an das Ausland abgeführt, sondern nur im Kreislauf in Bewegung gesetzt und zu einem erheblichen Teile sich erhalten. Die Kapitalkraft Deutschlands hat somit im Vergleich zu derjenigen unserer Feinde, die ihre Volks- und Kriegswirtschaft durch Aufnahme gewaltiger Anleihen im Auslande aufrecht erhalten haben, nur eine verhältnismässig geringe Einbasse erlitten. Seine finanzielle Leistungsfähigkeit hat aber ferner eine sehr wesentliche Stärkung dadurch erfahren, dass durch die Abzession des bedeutenden deutschen Besitzes an fremdländischen Wertpapieren, die noch keineswegs beendet ist, durch die Einziehung namhafter Guthaben im neutralen Auslande und Verleisung ausländischer industrieller Unternehmungen oder Beteiligungen an solchen neues Kapital seiner binnenländischen Volkswirtschaft zugeführt wurde. — Zuflüsse, welche angesichts des Standes der Wechselkurse auf das Ausland mit namhaftem Gewinn verknüpft waren.

Zu diesem Zustrom der in die Heimat fließenden Kapitalien gesellte sich das beschäftigungslos gewordene Betriebskapital vieler heimischer Unternehmungen, die nesselben nicht mehr bedurften, das desselben seit Kriegsausbruch durch das Eintreten des Staates als Hauptabnehmer das Kreditssystem durch das System der Barzahlung ersetzt worden war und die geruhten Läger einstweilen keine Ergänzung erfahren.

Hat die uns aufgedrängte Kriegswirtschaft somit eine Verstärkung und Zentralisierung unserer finanziellen Kräfte bewirkt, so hat sie nach anderer Seite hin zu einer beachtenswerten Verschiebung in der bisherigen Verteilung des Volkvermögens geführt. Nicht nur haben einzelne Gesellschaften und Privatpersonen erhebliche Gewinne aus Heereslieferungen erzielen können, während andere durch den Krieg in ihren Verhältnissen zurückgegangen sind, sondern es hat sich auch nicht vermeiden lassen, daß Landesteile, welche die besten Bedingungen für schnelle und allen Anforderungen entsprechende Deckung des Heeresbedarfes boten, vor anderen, in denen diese Bedingungen fehlten, begünstigt worden sind. Dadurch wird u. a. eine Wandlung der steuerlichen Leistungsfähigkeit weiter Gebiete herbeigeführt, deren Bedeutung für die Allgemeinheit und für die einzelnen in vollem Umfange erst nach dem Wiedereintritt friedlicher Verhältnisse ermassen werden kann, sich aber auch jetzt bereits geltend machen muß.

So gewaltig sich auch die finanzielle Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft im Kriege erwiesen hat und so günstig unsere Finanzlage im Vergleich mit derjenigen unserer Feinde erscheint, ist doch im Auge zu behalten, daß die Verzinsung und Tilgung der Kriegsanleihen, die Fürsorge für die Hinterbliebenen und Kriegsbeschädigten, sowie die Wiederherstellung des Kriegsmaterials dem deutschen Volke für die Friedenszeit Lasten auferdrängen werden, deren Umfang vor dem Kriege für unmöglich gehalten hätte. Eine fühlbare und wesentliche Erleichterung kann nur dadurch erreicht werden, daß beim Friedensschluß wenigstens ein Teil der Kriegskosten auf die Feinde abgewälzt wird. Von der Lösung dieser Frage werden Inhalt und Umfang der bevorstehenden Finanzreformen im Reich und in den Bundesstaaten abhängen, die für die Volkswirtschaft Deutschlands nach dem Kriege von maßgebendem Einfluß sein werden. Mehr noch als die Höhe der Kriegentschädigung wird aber für die Zukunft Deutschlands die Frage entscheidend sein, ob es gelingt, diese Finanzreform derart durchzuführen, daß der Unternehmungsgeist nicht erstickt und der Intelligenz freie Bahn zur Entfaltung belassen wird. Dazu wird es erforderlich sein, die uns durch die Kriegszeit aufgedrängte staatliche Verwaltung zahlreicher Betriebe ehestens wieder zu beseitigen und unter Vermeidung aller Monopole — soweit sie nicht aus anderen als finanziellen Gründen geboten erscheinen — den freien Wettbewerb wieder eintreten zu lassen. Nur dann wird das deutsche Volk in der Lage sein, die unvermeidliche hohe Steuerbelastung ohne Gefährdung seiner Zukunft zu tragen.

Der Bedarf an Zahlungsmitteln hat einen fortwährend wachsenden Umfang angenommen. Diese Erscheinung hängt zusammen mit der eingetretenen Vermehrung der Kriegskosten für die technische Ausrüstung von Heer und Flotte, mit der erheblichen Preissteigerung aller Produkte, der Ausschaltung des Wechselverkehrs und der bedeutenden Erweiterung des Verkehrsgebietes im Westen und Osten, das durch die Eroberung der Walachei eine weitere Ausdehnung erfahren hat. Durch die Errichtung einer Notenbankabteilung bei der Société Générale in Brüssel sowie der Darlehnskassen in Polen und Kurland und ferner im laufenden Jahre einer Notenabteilung in Rumänien bei der Banca Generala Romana soll der Reichsbank die Sorge für die Befriedigung des Bedarfs an Umlaufmitteln in den besetzten Gebieten erleichtert werden. Bisher ist dies nur in recht geringem Masse geschehen, da die „Polnische Landesdarlehnskasse“ ihren Geschäftsbetrieb noch nicht aufgenommen und die Notenabteilung in Rumänien ihn erst vor kurzem begonnen hat. Am 31. Dezember 1916 hatte der Notenumlauf der Reichsbank 6917,9 Millionen Mark betragen, von dem 35,8 % durch Metall — darunter 35,2 % durch Gold — gedeckt waren. In den nächstfolgenden Monaten verringerte sich der Notenumlauf, während der Goldbestand von 244,2 Millionen Mark vom 31. Dezember 1915 stetig, wenn auch immer langsamer, stieg. So besserte sich das Deckungsverhältnis bis Ende April, dann aber nahm der Notenumlauf so stark zu, dass er am 30. Dezember 1916 mit 8054,6 Millionen Mark ausgewiesen wurde, während 2535,8 Millionen Mark Metall — darunter 2520,5 Millionen Mark Gold — gegenüberstanden. Damit war zum ersten Male seit Kriegsbeginn die Dritteldeckung des Notenumlaufes durch Metall unterschritten: die Metalldeckung betrug nur noch 31,5 %, die Golddeckung 31,8 %. Es war also der bei Kriegsausbruch vorausgesehene Fall eingetreten, für den damals durch eine Bankgesetznovelle bestimmt worden war, dass unser Gold, Silber und

Reichskassenscheinen auch die im Besitze der Reichsbank befindlichen — bekanntlich mit eigener vollwertiger Deckung versehenen — Darlehenskassenscheine als Mitteldeckung gelten sollten. Eusschließlich der Darlehenskassenscheine betrug die gesetzliche Bardeckung des Notenumlaufes am 30. Dezember 1916 31,7 %. Die Unterschreitung der Dritteldeckung durch Gold um die Jahreswende ist an der Geschäftswelt völlig eindrucklos vorübergegangen. Sie hat das Vertrauen in die Reichsbank und die Güte unserer Währung in keiner Weise erschüttert.

Verfehlt wäre es, aus dieser Erscheinung den Schluss ziehen zu wollen, dass die Goldwährung sich überlebt habe, und dass wir auch im Frieden der Einlösungspflicht für unsere Banknoten würden entraten können. Mehr denn je wird es zur Erhaltung des Kredits und zum Schutze unserer Währung erforderlich sein, die unbedingte Verpflichtung zur Einlösung der Banknoten in Gold so schnell als möglich wieder herzustellen.

Den Bedarf an Zahlungsmitteln einzuschränken, erscheint dringend geboten. Als wichtigstes Mittel der Abhilfe erscheint hier eine Veredelung des Zahlungsverkehrs durch ausgiebigste Benutzung aller dem bargeldlosen Verkehr dienenden Einrichtungen. Es hat denn auch erfreulicherweise eine überaus rege Werbtätigkeit nach dieser Richtung eingesetzt. Auch wir haben eine kleine Aufführungsschrift an unsere Kundschaft versandt und zugleich der Allgemeinheit unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Ferner haben wir in Übereinstimmung mit allen deutschen Bankfirmen materielle Erleichterungen für den Scheck- und Überweisungsverkehr geschaffen, trotzdem dieselben mit nicht unerheblichen Unkosten für uns verknüpft sind. Die Wirkung solcher einträglichen Mahnungen tritt allerdings nur langsam zutage; dass sie aber nicht ausbleiben ist, zeigt die Zunahme der Postscheck-Konten, deren Zahl im Reichspostgebiete Ende 1914 107000 betrug, im Jahre 1915 auf rund 112000 anwuchs, im Jahre 1916 aber den stattlichen Sprung auf 149000 machte.

Die im Januar des Jahres 1916 zum Schutze unserer Währung erlassene Verordnung, durch welche der gesamte Verkehr in fremden Zahlungsmitteln (Devisen) ausschließlich in die Hände der Reichsbank und einer beschränkten Anzahl Bankfirmen, zu denen auch wir gehören, gelegt wurde, hat zwar im allgemeinen günstig gewirkt, aber doch nicht ausgereicht, um jede schädliche Spekulation von Devisen und Marknoten auszuschliessen und des Import auf das unbedingt Notwendige zu beschränken. Es wurden daher durch Bundesratsverordnung vom 8. Februar 1917 die Bestimmungen über den Verkehr in fremden Zahlungsmitteln und über die Ausfuhr von Marknoten wesentlich verschärft. Gleichzeitig wurde jede Wareneinfuhr ohne Erlaubnis der Reichsbank verboten. Eine Verordnung ähnlichen Inhalts war in Oesterreich kurz zuvor erlassen.

Ein offizieller Börsenverkehr hat auch im Berichtsjahre nicht stattgefunden, dagegen war der freie Handel in den Börsenräumen zeitweilig recht lebhaft, da die andauernde Geldflüssigkeit die Nachfrage nach Wertpapieren dauernd regte erhielt und bei der Geringsfügigkeit der Neuemissionen und der bereits erwähnten Abwanderung der ausländischen Wertpapiere die vorhandenen Bestände an noch nicht in dauernden Besitz übergegangenen Wertpapieren leicht und zu steigenden Kursen Absatz fanden.

Die Emissionsstätigkeit der Banken war, abgesehen von der Beschaffung des Kapitals für die Rüstungsindustrie, in der Hauptsache durch die beiden Kriegsanleihen des verflossenen Jahres in Anspruch genommen, zu deren glänzendem Erfolge die Banken in hervorragender Weise beigetragen haben. Im übrigen beschränkte sich die Tätigkeit der Banken hauptsächlich auf die erfolgreiche Pflege des laufenden Geschäfts und auf die Teilnahme an dem freien Verkehr in den Börsenräumen.

Bei der Errichtung und Verwaltung neuer Kriegsgesellschaften, deren Gründung ^{„verboten“} und ^{„beschränkt“} Kriegsgesellschaften ^{„unserer“} ^{„ökonomischen“} ^{„Erörterungen“} wurde, haben auch diesmal die Banken erheblich mitgewirkt.

Das Kredit- und Wechselgeschäft hat sich ganz der durch den Krieg veränderten Gestalt unseres Wirtschaftslebens angepasst. Da das Reich fast allein als Käufer und Auftraggeber in Betracht kommt, so wurde es auch unmittelbar oder mittelbar durch die von ihm geschaffenen Kriegswirtschaftsgesellschaften zum Mittelpunkt des Kredit- und Wechselverkehrs der Banken. Der Handelswechsel, die hauptsächlichste Grundlage alles bankgeschäftlichen Verkehrs, verschwand mehr und mehr und an seine Stelle trat die Kreditgewährung an und für die Kriegswirtschaftsgesellschaften, sowie ein bedeutender Umsatz in unverzinslichen Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten. Auch die Kommunen und ihre wirtschaftlichen Organisationen traten als grosse Nehmer kurzfristigen Kredits auf. Mit der Einschränkung des Aussehensgeschäftes das Remboursgeschäft der Banken stetig zurück, dagegen wurde der auswärtige Kredit der Banken im vaterländischen Interesse insbesondere für die Industrie nutzbar gemacht, zumeist in der Form von Garantieübernahmen. Ausserlich tritt dies auch in unserem Abschlusse in Erscheinung in einer starken Herabminderung der Akzeptverbindlichkeiten, einem Anshwollen der Aval- und Bürgschafts- wie der Nostroverbindlichkeiten und einem erhöhten Besatz an kurzfristigen Staats- und Kommunalwechseln.

Bedeutend durch die hohen Umsätze hat das Kredit- und Wechselgeschäft insbesondere befriedigenden Ergebnissen geblüht.

Von hoher Bedeutung für die Entwicklung des Bankgeschäftes dürfte in Zukunft die im Betriebsjahre unter unserer Leitung auf erweiterter Grundlage zustande gekommene Verständigung fast der gesamten Bankwelt Deutschlands sich erweisen, welche es sich zum Ziele gesetzt hat, den ungesunden Erscheinungen auf dem Gebiete des Bankwesens entgegenzutreten und durch eine Verbesserung der Geschäftsbedingungen einen Ausgleich zu schaffen für die durch steuerliche und soziale Lasten in erschreckendem Umfange sich mehrenden Unkosten.

Nicht nur der bankgeschäftlichen Tätigkeit, sondern unserer gesamten Volkswirtschaft wird es zum Nutzen gereichen, daß endlich dem seit vielen Jahren erfolglos gestellten Verlangen einer Aenderung der Steuerpflicht für Wertpapiere durch die Bundesratsverordnung vom 14. Dezember 1916 entsprochen wurde. Es ist dringend

zu wünschen, daß die damit zugelassene steuerfreie Einfuhr ausländischer Wertpapiere auch nach dem Frieden beibehalten wird.

Nachdem wir durch die Angliederung des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins A.-G. in Köln, durch die Erweiterung unserer Filiale in Essen und die Errichtung von Filialen in Mülheim (Ruhr), Coblenz, Metz und Saarbrücken unseren Interessenskreis im Westen bedeutend ausgedehnt haben, erachten wir es für geboten, auch im Osten dem eigenen Geschäftsbetrieb eine weitere Ausdehnung zu geben. Wir haben zu diesem Zwecke neuerdings die Errichtung von Filialen in Königsberg (Pr.), Danzig, Stettin und Posen beschlossen. Während der Geschäftsbetrieb an den drei letzten Orten erst aufgenommen werden soll, sobald die durch die Kriegsverhältnisse geschaffenen Personalschwierigkeiten überwunden sein werden, haben wir mit der Königsberger Vereins Bank in Königsberg (Pr.), vorbehaltlich der Genehmigung ihrer Generalversammlung, eine Vereinbarung getroffen, welche die Verschmelzung dieses angesehenen und in guter Entwicklung befindlichen ostpreussischen Bankinstituts mit unserer Gesellschaft vorsieht und es uns ermöglicht, die Betriebe der Königsberger Vereins-Bank in Königsberg (Pr.) und Tilsit alsbald als eigene Filialen fortzuführen. Eine Erhöhung unseres Kommanditkapitals wird hierfür nicht erforderlich.

Auch nach dem Norden und Süden konnten wir unsere Beziehungen in erfreulicher Weise ausbauen, indem wir sowohl mit der Bayerischen Hypothek- und Wechsel-Bank in München wie mit der Vereinsbank in Hamburg Vereinbarungen getroffen haben, durch welche die bestehenden freundschaftlichen Beziehungen für eine weitere Zukunft enger geknüpft werden. Im Zusammenhang damit ist von uns die Errichtung einer weiteren Filiale in Hannover vorgesehen, welche die bisherige Filiale der Vereinsbank dort ersetzen soll.

Wir versprechen uns von der Ausgestaltung dieser Beziehungen zur Vereinsbank in Hamburg auch Vorteile für die Norddeutsche Bank in Hamburg, deren gesamtes Kommanditkapital nach wie vor in unserem Besitz ist, und deren Verhältnis zu uns keinerlei Veränderung erfährt.

Die Anknüpfung engerer, vertraglicher Beziehungen zur Bayerischen Hypothek- und Wechsel-Bank in München gab uns Gelegenheit, unseren Besitz an Aktien der von uns mit ihr gemeinsam unseren Münchener Freunden Bayerischen Disconto- und Wechsel-Bank A.-G. in Nürnberg unseren Münchener Freunden mit gutem Nutzen und unter Wahrung unserer geschäftlichen Interessen zu übertragen.

Im Gegensatz zum Jahre 1915 konnten wir im Berichtsjahre mit unserer Londoner Zweigniederlassung in einen, wenn auch beschränkten, schriftlichen Verkehr treten. Das ermöglichte uns, unserer Kundschaft bei der Abstoßung ihrer in England ruhenden Wertpapiere erfolgreich behilflich zu sein. Leider wurde es der Niederlassung nicht gestattet, uns auf verschiedene Anfragen Auskunft zu erteilen, insbesondere uns über ihren Vermögensstand irgendwelche Nachricht zu geben. Wir haben daher auch diesmal davon absehen müssen, den Vermögensstand dieser Niederlassung bei der Aufmachung unserer Bilanz zu berücksichtigen, vielmehr wiederum nur den Saldo eingestellt, der sich aus unseren Büchern für unsere Rechnungsverhältnisse mit ihr ergab. Hierbei ist den uns aus der zangsweisen Liquidation unserer Niederlassung drohenden Verlusten Rechnung getragen worden.

Die Tätigkeit der deutschen Ueberseebanken in Amerika und Asien war auch im Berichtsjahr durch den Krieg vielfach ungünstig beeinflusst. Es konnte nicht ausbleiben, daß das von England angewandte System der schwarzen Listen, auf die alle mit den deutschen Ueberseebanken in Verbindung stehenden Firmen gesetzt wurden oder gesetzt zu werden fürchten mußten, dem Betriebe der Banken starke Einschränkungen auferlegte. Um so erfreulicher ist es, daß die Brasilianische Bank für Deutschland für das Jahr 1916 wiederum eine Dividende von 8% hat ausschütten können. Auch die Bank für Chile und Deutschland, welche für das Jahr 1915 keine Dividende verteilt und den ganzen Gewinn auf neue Rechnung vorgetragen hat, wird für das Jahr 1916 ihre Dividendenausschüttungen voraussichtlich wieder aufnehmen können. Die Deutsch-Asiatische Bank hat trotz der Schwierigkeiten, mit denen sie zu rechnen hatte, bei ihren chinesischen Filialen einen angemessenen Geschäftsumfang aufrechterhalten können, während der Geschäftsbetrieb ihrer außerschinesischen Filialen durch die feindlichen Behörden unterbunden wurde. Ein Jahresabschluß ließ sich infolge der Verkehrsunterbrechung bisher nicht aufstellen. Die Deutsche Afrika-Bank hat, nachdem die Besetzung des Schutzgebietes seinerzeit durch die Truppen der südafrikanischen Union durchgeführt war, ihre Arbeit in der Kolonie wieder aufgenommen. Vorwiegend ihrer Tätigkeit und Unterstützung ist es zu danken, daß das Wirtschaftsleben in Deutsch-Südwestafrika wieder aufleben und die notwendigen Bedürfnisse der Bevölkerung für ihren Unterhalt befriedigt werden konnten. Im Verein mit der in der Kolonie unter der Aufsicht der Unionsregierung wieder tätigen deutschen Verwaltung nimmt die Bank an der Lösung der durch den Krieg hervorgerufenen Wirtschaftsfragen regen Anteil. Einen Abschluß für das Geschäftsjahr 1916 vorzulegen, ist die Bank jedoch nicht in der Lage gewesen.

Unsere Beziehungen zu dem befreundeten Bulgarien waren auch im vergangenen Jahre äußerst reger. Die uns nahestehende Kreditbank in Sofia, welche ihr Kapital im Berichtsjahre von 3 Millionen Leva auf 6 Millionen Leva erhöht hat, hatte mannigfache Gelegenheit, sich nützlich zu betätigen und ihre besondere Aufgabe, die Pflege des finanziellen und Handelsverkehrs zwischen Deutschland und Bulgarien, zu erfüllen. Im Verein mit den bulgarischen Staat-banken errichteten wir mit einer unter unserer Führung stehenden deutsch-österreich-ungarischen Bankengemeinschaft die Bulgarische Nationale Bergwerks-Gesellschaft in Sofia, welche dazu bestimmt ist, in Ausführung des 1914 mit der bulgarischen Regierung geschlossenen Vertrages die ehemalige staatlichen bulgarischen Braunkohlengruben von Pernik und Bobovodol zu übernehmen und auszubauen.

Der Eintritt Rumaniens in den Krieg hat unsere langjährigen Beziehungen zu diesem La. de unterbrochen und die in Deutschland untergebrachten Anleihen dieses Staates notleidend werden lassen. Man darf sich aber der Erwartung hingeben, daß das

schr erhebliche in Deutschland beschlagnahmte Vermögen der Rumänischen Nationalbank und die Herrschaft, die uns der schnelle Sieg über das Land gewährt, die deutschen Gläubiger vor Verlusten schützen werden. Während wir selbst durch diese Ereignisse eine kaum nennenswerte materielle Schädigung erlitten, wurde die uns nahestehende Banca Generala Romana insofern empfindlich getroffen, als ihre Depots von der rumänischen Regierung bei deren Rückzug nach Jassy verschleppt wurden. Mit dem Einzug unserer Truppen konnten sowohl die Hauptniederlassung in Bukarest wie sämtliche Filialen ihren Geschäftsbetrieb wieder aufnehmen, auch wurde der Bank auf Befehl des Oberkommandos, wie bereits oben erwähnt, eine Notenabteilung angegliedert, die ihre Tätigkeit vor kurzem aufgenommen hat. Unter den gegebenen Umständen wird die Bank wohl nicht in der Lage sein, für das Berichtsjahr eine Bilanz aufzustellen und eine Dividende zur Ausschüttung zu bringen.

Die fortdauernde Einziehung von Beamten zum Kriegsdienst, unter denen sich je länger der Krieg dauert, um so mehr Herren von wichtigerer Stellung befinden, hat natürlich zu immer steigenden Schwierigkeiten bei der ordnungsmäßigen Erledigung der notwendigen Arbeiten geführt. Diese Schwierigkeiten konnten aber dank der gesteigerten Pflichterfüllung aller unserer Beamten überwunden werden. Das Eisenerz und andere Kriegsauszeichnungen haben 445 Beamte erhalten; gefallen sind 295 Beamte. Ein Verzeichnis dieser Tapferen, deren Andenken wir stets in Ehren halten und deren Namen, wie bereits früher mitgeteilt, den kommenden Geschlechtern an sichtbarer Stelle in unserer Bank auf einer Ehrentafel verkündet werden sollen, ist auch diesem Berichte beigelegt.

Die außerordentlichen Aufwendungen für die im Felde stehenden Beamten und ihre Familien haben im abgelaufenen Jahre eine weitere beträchtliche Erhöhung erfahren. Die Ausgaben für diese Zwecke seit Kriegsbeginn bis 31. Dezember 1916 belaufen sich auf über 6 Millionen Mark und haben mit den unseren Beamten mit geringerem Einkommen gewährten Gehaltszulagen und außerordentlichen Unterstützungen sowie den namhaften Beiträgen für die allgemeine Kriegswohlfahrtspflege dazu beigetragen, unsere Verwaltungskosten, die schon durch die Steigerung der Beamtenszahl eine Erhöhung erfahren haben, wesentlich zu vergrößern.

Unter den in der Bilanz ausgewiesenen Stiftungen hat die Dr. Arthur Salomonsohn-Stiftung durch eine neue Zuwendung des Stifters eine Erhöhung erfahren. Neu erscheint die Dr. P. D. Fischer-Stiftung, welche wir der Hochherzigkeit des Vorsitzenden unseres Aufsichtsrates, Wirklichen Geheimen Rats Dr. P. D. Fischer, Erzlehn, verdanken, der seiner ständigen warmen Fürsorge für unsere Beamtenschaft durch Bereitstellung dieses anlässlich seines achtzigsten Geburtstages ihm zur Verfügung gestellten Stiftungsfonds für die Unterstützung kriegeschädigter Beamter tatkräftigen Ausdruck verliehen hat. Wir sprechen auch an dieser Stelle namens unserer Beamtenschaft den Stifter herzlichsten Dank aus.

Der Abschluß gestattet die Verteilung eines Gewinnes von 10% auf das Kommanditkapital von 300 000 000 Mk. Der Rohgewinn beläuft sich einschließlich des Gewinnvortrages aus 1915 von 1 235 445,90 auf 1 676 654 558,57. Hiervon sind abzusetzen die Verwaltungskosten, Steuern usw. mit 1 208 838 783,69. Es wird vorgeschlagen, von verbleibenden 468 815 774,88 als Gewinnanteil von 10% auf die Kommandit-Anteile sowie als Gewinnbeteiligung der Geschäftsinhaber und des Aufsichtsrats zu verwenden 468 815 774,88, für Talonsteuer zurückzustellen 4 300 000,—, auf Mobilien abzuschreiben 4 300 000,—, an die David Hausemannsche Pensionskasse für die Angestellten der Gesellschaft zu überweisen 4 000 000,—, dem Unterstützungsfonds für Angestellte zu überweisen 4 100 000,—, der Allgemeinen (gesetzlichen) Reserve zu überweisen 4 200 000,—, der Besonderen Reserve zu überweisen 4 100 000,— und auf neue Rechnung vorzutragen 1 236 226,43, zusammen 468 815 774,88. Das Kommanditkapital mit 468 815 774,88 ist unverändert geblieben. Die Allgemeine Reserve von 4 200 000,— erfährt einen Zuwachs von 4 200 000,— und beträgt nunmehr 8 400 000,—, und die nach Art. 9 des Statuts gebildete Besondere Reserve von 4 100 000,— erfährt einen Zuwachs von 4 100 000,— und beträgt nunmehr 8 300 000,—. Beide Reserven zusammen betragen 16 700 000,—. Das Eigenkapital der Disconto-Gesellschaft stellt sich nunmehr wie folgt: Aktienkapital der Disconto-Gesellschaft 4 300 000 000,—, Bilanzmäßige Reserven der Disconto-Gesellschaft 4 120 000 000,—, Bilanzmäßige Reserven der Norddeutschen Bank in Hamburg 18 800 000,—, Bilanzmäßige Reserven des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins A.-G. in Köln 16 000 000,—, Zusammen Kapital und bilanzmäßige Reserven 4 488 800 000,—. Unser Bankgütekonto, das unsern Grundbesitz in Berlin, Bremen, Coblenz, Essen, Frankfurt a. M., Frankfurt a. O., Hattingsen, London, Mainz, und Mülheim (Ruhr) umfaßt, stellt sich auf 4 27 085 732,73. Durch die beantragte Ueberweisung an die Pensionskasse wird ihr Vermögensbestand auf die Höhe von 4 5 195 062,72 gebracht werden. Die von uns für die Versicherung unserer Angestellten bei dem Beamten-Versicherungsverein des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes (A. G.) aufgewendeten Beträge sind in gewohnter Weise unter den Verwaltungskosten gebracht.

Im Wechselverkehr betragen: der Umsatz 4 128 288 576 081,52 (1915: 4 7 544 164 560,96), die Zahl der Wechsel 990 533 (1915: 861 598), der Durchschnittsbetrag eines Wechsels 4 12 834,88 (1915: 4 8 756,01). Am 31. Dezember 1916 beliefen sich die Bestände an Wechseln auf 4 631 392 922,21 (1915: 4 628 964 293,34). Die Umsätze in unverzinslichen Schatzanweisungen sind in dem Wechselverkehr einbegriffen. Der Uebung aller anderen Grossbanken uns anschließend, haben wir den Gewinn aus dem Kurswechselverkehr unter Wechsel und Zinsen zur Verrechnung gebracht. Der Reinertrag aus Coupons usw. belief sich auf 4 682 307,64 gegen 4 684 489,90 im Jahre 1915.

Der Verkehr in Wertpapieren, in dem auch die verzinslichen Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten einbegriffen sind, im Kommissionsgeschäft, für Konsortia- und eigene Rechnung betrug 4 3 700 681 724,78 (1915: 4 2 651 906 232,51), wovon auf die dem Wertpapierverkehr zugerechneten Coupons und ausländischen Noten ein Umsatz von 4 634 816 787,12 (1915: 4 604 280 418,59) entfiel. Es betrug der

Bestand an eigenen Wertpapieren $\text{M} 60\,102\,278,71$ gegen $\text{M} 44\,018\,350,79$ im Jahre 1915, an Konsortial-Beteiligungen $\text{M} 44\,652\,067,51$ gegen $\text{M} 62\,092\,962,64$ im Jahre 1915, zusammen $\text{M} 104\,754\,346,22$ gegen $\text{M} 96\,111\,333,42$ im Jahre 1915. Der Bestand an verkauften, erst nach dem 31. Dezember 1916 abzuliefernden Wertpapieren (Reports) und Lombards gegen bürosgängige Wertpapiere betrug $\text{M} 131\,250\,983,36$ gegen $\text{M} 119\,207\,310,82$ im Vorjahre. Das Konto umfaßt auch die unserer Kundschaft zum Zwecke der Zeichnung deutscher Krieganleihe unter Verpfändung der letzteren gewährten Vorschüsse. Aus dem Effektengeschäft, aus den eigenen Wertpapieren und aus den Konsortialgeschäften, welche im vorigen Jahre einen Verlust von $\text{M} 2\,395\,163,81$ ergaben, haben wir in diesem Jahre ein Erträgnis in die Gewinn- und Verlustrechnung nicht eingestellt, dasselbe vielmehr zu einer Minderbewertung unserer Aktiva verwendet.

Wir übernahmen u. a. folgende Wertpapiere oder beteiligten uns an deren Uebernahme durch eine Gemeinschaft: Festverzinsliche Wertpapiere: 5% Ungarische Staatskassenscheine, fällig am 1. Oktober 1915, 5½% Ungarische Staatskassenscheine, fällig am 1. Oktober 1919. Aktien: Neue Aktien der Assurance-Union von 1865, Hamburg, Neue Aktien der Gebr. Böhler & Co. Aktiengesellschaft, Aktien der Braunkohlenwerke Borna Aktiengesellschaft, Aktien der Chemischen Werke Grenzsch Aktiengesellschaft, Neue Aktien der Deutscher Lloyd Transport-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft, Neue Aktien der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft, Neue Aktien der Gothaer Waggonfabrik Aktiengesellschaft, Neue Aktien der Hamburg-Bremer Feuer-Versicherungs-Gesellschaft, Neue Aktien des Osnabrücker Kupfer- und Drahtwerks, Neue Aktien der Rheinischen Stahlwerke, Neue Aktien der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff A. G., Neue Aktien der Rositzer Braunkohlenwerke Aktiengesellschaft, Neue Aktien der Siegener Dynamitfabrik A. G., Neue Aktien der Textilwerke und Kunstweberei Clavier Aktiengesellschaft, Neue Aktien der Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken, Aktien der Bulgarischen Nationalen Bergwerks-Gesellschaft, Neue Aktien der Kreditbank in Sofia, Neue Aktien der K. K. Priv. Oesterreichischen Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe, Neue Aktien der Ungarischen Allgemeinen Creditbank, Aktien der Ungarischen Stickstoffdünger-Industrie A. G. Gesellschaften mit beschränkter Haftung: Anteile der Deutschen Tabak-Handelsgesellschaft m. b. H., Anteile der Vereinigten Textilwerke G. m. b. H.

Die Otavi-Minen- und Eisenbahn-Gesellschaft ist auch gegenwärtig beim Mangel von ausreichenden Nachrichten noch nicht in der Lage, sich einen Ueberblick über den Geschäftsbetrieb ihres Unternehmens in Südwestafrika während der fortdauernden Einwirkung des Weltkrieges zu verschaffen. Sie hat sich daher genötigt gesehen, sich auch für das Geschäftsjahr 1915/16 von der Verpflichtung zur Vorlegung einer Bilanz bis auf weiteres durch die Reichsregierung entbinden zu lassen. Die Eisenbahn- und Bergbauanlagen der Schantung-Eisenbahn-Gesellschaft sind fortwährend von den Japanern besetzt. Auch für das Geschäftsjahr 1915 hat der Reichskanzler die Gesellschaft von der Verpflichtung zur Aufstellung der Bilanz befreit. Soweit die vorliegenden, nicht lückenlosen Berichte ein Urteil über die Lage der Großen Venezuela Eisenbahn-Gesellschaft zulassen, hat sich der Betrieb ohne wesentliche Störungen abgewickelt. Mehrkosten wird die Materialbeschaffung verursacht haben. Immerhin wird mit einem dem der Vorjahre gleichkommenden Ergebnis (8%) gerechnet werden können. Fortlaufende Berichte der Verwaltung, die ein abschließendes Urteil über die Verhältnisse der Neu-Guinea-Compagnie geben könnten, fehlen. Vereinzelt eingegangene Berichte gestatten den zuverlässigen Rückschluß, daß sich die Pflanzungsunternehmungen zufriedenstellend weiter entwickelt haben, zumal der Dürre des Jahres 1914 günstige Witterungsverhältnisse gefolgt sind. Die von uns im Jahre 1910 ins Leben gerufene Gewerkschaft Braunkohlenwerke Borna wurde von uns im Berichtsjahre nach Vollendung ihres Ausbaues in die Braunkohlenwerke Borna Aktiengesellschaft umgewandelt. Sie gehört mit einer Produktion von 45000 Doppelwagen zu den besten Braunkohlenunternehmungen im Königreich Sachsen und verspricht angesichts der Güte ihrer Produkte eine günstige Weiterentwicklung. Die Kaliwerke Aschersleben konnten gleich den ihnen angegliederten Kaliwerken Sollstedt, Craja und Neu-Sollstedt im Berichtsjahre etwas bessere Ergebnisse erzielen, dank der im Juli 1915 in Kraft getretenen Erhöhung der Verkaufspreise und einer Steigerung des Absatzes um 30%. Immerhin leiden diese Werke gleich allen Kaliwerken unter der gesetzlichen Preisfestlegung, welche sich angesichts der Steigerung der Löhne und Betriebsmaterialien besonders nachteilig fühlbar macht und dringend einer Abänderung bedarf.

Unsere Niederlassungen, Zweigstellen und Wechselstuben befinden sich in günstiger Weiterentwicklung. In ihrem Bestande hat nur insofern eine Veränderung stattgefunden, als wir genötigt waren, aus Mangel an Personal unsere Zweigstellen in Höchst a. M. und in Oranienburg einweisen zu lassen. Die Norddeutsche Bank in Hamburg wird auf ihr Aktienkapital von 60 Millionen Mark, welches sich gänzlich in unserem Besitze befindet, für das Jahr 1916 einen Gewinn von 10% verteilen, der in unserer diesjährigen Gewinnrechnung erscheint. Der A. Schaaffhausen'sche Bankverein Aktiengesellschaft in Köln wird auf sein Aktienkapital von 100 Millionen Mark, welches sich auch gänzlich in unserem Besitze befindet, für das Jahr 1916 einen Gewinn von 6% zur Verteilung bringen, der ebenfalls in unsere diesjährige Gewinnrechnung eingestellt ist. Der Gewinn aus der dauernden Beteiligung an anderen befreundeten Banken enthält die im Jahre 1916 vereinnahmten Erträgnisse für das Geschäftsjahr 1915 bezw. 1915/16, und zwar erzielten: Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt 7%. — Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G. 5%. — Bayerische Disconto- und Wechsel-Bank A.-G. 5%. — Bank für Thüringen vorm. B. M. Strupp Aktiengesellschaft 8%. — Stahl & Federer Aktiengesellschaft 6%. — Rheinisch-Westfälische Disconto-

Gesellschaft A.-G. 4½%. — Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Com. 5½%. — Magdeburger Bank-Verein 5%. — Oberlausitzer Bank in Zittau 7%. — Geestemünder Bank 6%. — Brasilianische Bank für Deutschland 8%. — Banca Generala Romana 4½%. — Kreditbank in Sofia 6%. — Compagnie Commerciale-Beige annehmen H. Albert de Bary & Co. in Antwerpen 6% für die bevorrechtigten Aktien und 7% für die Stammaktien und Fr. 6 für jeden Genuschein. Die Compagnie Commerciale Beige annehmen H. Albert de Bary & Co., A. tworpen, hat trotz der Kriegswirren wieder ein recht befriedigendes Ergebnis erzielt, das ihr für das Jahr 1916 dieselben Ausschüttungen wie im Vorjahr gestattet wird. Die Summe der Beteiligungen an diesen Banken belief sich Ende 1916, nachdem wir unseren Besitz an Aktien der Oberlausitzer Bank in Zittau auf die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt in Leipzig übertragen haben, auf $\text{M} 56\,684\,820,35$ gegen $\text{M} 58\,408\,782,95$ Ende 1915. Die auf sie für das Geschäftsjahr 1916 bzw. 1915/16 entfallenden und im Berichtsjahre vereinnahmten Gewinnanteile betragen $\text{M} 2\,947\,461,82$ gegen $\text{M} 2\,820\,571,66$ im Vorjahre.

Die Einlagen auf provisionsfreier Rechnung betragen am Schlusse des Berichtsjahres $\text{M} 757\,948\,776,00$ gegen $\text{M} 632\,031\,974,79$ am Schlusse des Jahres 1915.

Der Laufende Rechnungsverkehr ergab:

	1916	1915
Schuldner am Schlusse des Jahres	$\text{M} 515\,451\,783,07$	$\text{M} 477\,296\,078,23$
Gläubiger am Schlusse des Jahres	$\text{M} 886\,034\,070,54$	$\text{M} 630\,146\,399,69$

Der Umschlag im gesamten laufenden Rechnungsverkehr einschließlich der Einlagen auf provisionsfreier Rechnung, betrug $\text{M} 72\,113\,501\,025,23$ gegen $\text{M} 48\,620\,079\,644,17$ im Jahre 1915. Die Zahl der laufenden Rechnungen betrug am Schlusse des Jahres 1916 80 938 gegen 72 215 im Jahre 1915. Von diesen Rechnungen waren mit Wertpapier-Hinterlegung verbunden am Schlusse des Jahres 1916 51 613 gegen 44 151 im Jahre 1915. Die in dem Passiven aufgeführten Accepte und Schecks betragen $\text{M} 44\,818\,967,90$ gegen $\text{M} 109\,828\,773,95$ im Jahre 1915. Die Aval- und Bürgschaftsforderungen, denen der gleiche Betrag von Aval- und Bürgschaftsverpflichtungen gegenübersteht, beliefen sich am 31. Dezember 1916 auf $\text{M} 130\,869\,322,98$ gegen $\text{M} 77\,681\,830,71$ im Jahre 1915. Wechsel- und Zinsen-Konto ergaben einschließlich des Gewinns auf Kurswechsel einen Ertrag von $\text{M} 29\,271\,911,38$ im Jahre 1916 gegen $\text{M} 24\,554\,094,67$ im Jahre 1915. Die erworbene Provision stellte sich auf $\text{M} 11\,518\,011,91$ gegen $\text{M} 10\,229\,867,19$ im Vorjahre.

Der Umschlag der Kassen betrug $\text{M} 25\,587\,956\,367,84$ gegen $\text{M} 23\,310\,624\,067,21$ im Vorjahre. Der Gesamtumschlag (von einer Seite des Hauptbuches) betrug $\text{M} 77\,263\,277\,849,07$ gegen $\text{M} 53\,632\,532\,763,57$ im Vorjahre. Der Beteiligung von $\text{M} 69\,000\,000$ an dem Kommandit-Kapital der Norddeutschen Bank in Hamburg steht ein Gesamtumsatz dieser Bank von $\text{M} 14\,233\,111\,694,62$ von einer Seite des Hauptbuches gegen $\text{M} 12\,402\,892\,847,97$ im Vorjahre gegenüber. Der Beteiligung von $\text{M} 100\,000\,000$ an dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G. in Köln steht ein Gesamtumsatz dieser Bank von $\text{M} 14\,309\,888\,900,-$ von einer Seite des Hauptbuches gegen $\text{M} 13\,518\,163\,000,-$ im Vorjahre gegenüber. Dem Gesamt-Kapital der Disconto-Gesellschaft entspricht im Jahre 1916 also ein Gesamtumschlag von $\text{M} 105\,869\,277\,543,69$ von einer Seite des Hauptbuches gegen $\text{M} 79\,632\,998\,611,54$ im Vorjahre.

Berlin, im März 1917.

Direction der Disconto-Gesellschaft.

Die Geschäftsinhaber

Dr. Salomonsohn, Schinckel, Dr. Russell, Urbig, Dr. Selmsen, Waller, Dr. Mosler, Dr. Fischer, Schlieper.



Wie für unsere Tage geschrieben, ist:
Max Dreyer,
Der Deutsche Morgen
 Das Leben eines Mannes.

10. Tausend. Gebietet Mark 4,50, gebunden Mark 6.—.

Der Kampf um die Verfassung, der innere Freiheitstriebe, nachdem Deutschland die Fremdherrschaft gebrochen hat, das ist in diesem großangelegten Roman der Brennpunkt, der alle geistigen Strahlen der Zeit vereinigt. An diesem inneren Ringen entflammt sich das deutsche Gewissen, der deutsche Zorn, und auch der Scheiterhaufen des Martyriums, das viele der Besten für ihre Treue leiden. Diese Opferfeuer leuchten hinein in unsere Lage und sind ihre Flammezeichen der Mahnung und Warnung.

Vorrätig i. d. Buchhandlungen. Verlag v. L. Staackmann in Leipzig.

Kgl. Bad Elster

Eisen-, Mineral-, Moor- und Radium-Bad.

Ständig im Betrieb. Badeschriften durch die Kgl. Bade-Direktion.

Disconto-Gesellschaft Berlin. Ordentliche Generalversammlung.

Die Kommanditisten unserer Gesellschaft werden hierdurch auf
Montag, den 23. April 1917, nachm. 4 Uhr,
zu der diesjährigen ordentlichen Generalversammlung nach unserem hiesigen
Geschäftshause, Behrenstraße 42 II, eingeladen.

Verhandlungsgegenstände:

1. Vorlage der Bilanz und der Gewinn- und Verlust-Rechnung sowie der Berichte
der Geschäftsinhaber und des Aufsichtsrats für das Jahr 1916. Beschlußfassung
über die Genehmigung der Bilanz, die Gewinnverteilung und über die der Ver-
waltung zu erteilende Entlohnung.

2. Aufsichtsratswahlen nach Art. 21 des Statuts.

Zur Teilnahme an der Generalversammlung ist jeder Kommanditist, zur Stimmen-
abgabe bei den zu fassenden Beschlüssen sind nur diejenigen Kommanditisten be-
rechtigt, deren Anteile mindestens acht Tage vor Berufung der Generalversammlung
im Aktienbuche der Gesellschaft auf ihren Namen eingetragen sind, und welche ihre
Anteile — oder Depotscheine der Reichsbank oder der Bank des Berliner Kassen-
Vereins — spätestens einen Tag vor der Generalversammlung entweder bei einem
Notar oder

- in Berlin in unserem Effekten Bureau, W. Behrenstr. 42/44,
- in Bremen, Coblenz, Essen, Frankfurt a. M., Mainz, Metz, Mülheim (Ruhr), Saarbrücken
bei unseren Niederlassungen,
- in Cöpenick, Cöstrlin, Frankfurt a. O., Hattingen, Bad Homburg v. d. H., Offenbach a. M.,
Potsdam, Wiesbaden
bei unseren Zweigstellen,

ferner:

- in Aachen bei der Rheinisch-Westfälischen Disconto-Gesellschaft A.-G.,
- in Augsburg bei der Bayerischen Disconto- und Wechsel-Bank A.-G.,
- in Barmen bei dem Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp.,
- in Breslau bei dem Bankhause E. Halmann,
bei dem Bankhause G. v. Pachaly's Enkel,
- in Cöln bei dem A. Schaaflhausen'schen Bankverein A.-G.,
bei dem Bankhause A. Levy,
- in Dresden bei dem Bankhause Sal. Oppenheim jr. & Cie.,
- in Dresden bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt, Abteilung Dresden,
bei dem Bankhause Philipp Eilmeyer,
- in Frankfurt a. M. bei der Deutschen Effecten- und Wechsel-Bank,
- in Hamburg bei der Norddeutschen Bank in Hamburg,
bei der Vereinsbank in Hamburg,
- in Hannover bei der Vereinsbank in Hamburg Filiale Hannover,
- in Karlsruhe i. B. bei der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G.,
bei dem Bankhause Veit L. Homburger,
bei dem Bankhause Strauß & Co.,
- in Königsberg bei der Königsberger Vereins-Bank,
- in Leipzig bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt und bei deren Abteilung
Becker & Co.,
- in Magdeburg bei dem Magdeburger Bank-Verein,
bei dem Bankhause F. A. Neubauer,
- in Mannheim bei der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G.,
- in Meiningen bei der Bank für Thüringen vorm. B. M. Strupp A.-G.,
- in München bei der Bayerischen Hypotheken- u. Wechsel-Bank,
bei der Bayerischen Vereinsbank,
- in Nürnberg bei der Bayerischen Disconto- u. Wechselbank A.-G.,
- in Stuttgart bei der Stahl & Federer A.-G.,
- in Tilsit bei der Königsberger Vereins-Bank Filiale Tilsit

gegen Bescheinigung bis zur Beendigung der Generalversammlung hinterlegen.

Berlin, den 23. März 1917.

Direction der Disconto-Gesellschaft.

Die Geschäftsinhaber

Dr. Salomonsohn, Schindler, Dr. Russell, Urbig,
Dr. Solmssen, Waller, Dr. Mosler, Dr. Fischer, Schlieper.

Actien-Commandit-Gesellschaft
Barmer Bank-Verein
 Hinsberg, Fischer & Comp.
 Bilanz vom 31. Dezember 1916.

Soll.		M.	pf
Nicht eingezahltes Aktienkapital		7 500 500	—
Kasse, fremde Geldsorten, Zinnscheine und Guthaben bei Noten- und Abrechnungs-Banken		14 573 396	53
Wechsel und unverzinsliche Schartranzweisungen		81 897 327	06
Guthaben bei Banken und Bankfirmen		14 818 609	73
Vorschüsse gegen büroeingängige Wertpapiere		91 534 432	84
Vorschüsse auf Waren und Wareneinschiffungen		531 634	20
Eigene Wertpapiere		33 158 451	91
Beteiligungen an Gemeinschaftsgeschäften		2 370 946	19
Dauernde Beteiligung bei dem Bankhaus von der Heydt-Kersten & Söhne		10 000 000	—
Außenstände in laufender Rechnung		110 521 094	43
Außerdem:			
Aväl- und Bürgschaftforderungen	M. 20 918 638,44		
Bankgebäude		8 000 000	—
Einrichtungen		1	—
Sonstige Liegenschaften		1 920 000	—
		379 821 589	49
Haben.		M.	pf
Aktienkapital	M. 99 481 800,—		
Einlage-Rechnung d. persönl. haftenden Gesellschafter	+ 518 200,—		
Verantwortliches Kapital		100 000 000	—
Rücklagen:			
a) ordentliche Rücklage	M. 14 035 000,—		
b) außerordentliche Rücklage	+ 2 025 000,—		
		17 000 000	—
Gläubiger		240 769 732	87
Akzesse und Schecks		15 923 219	40
Rückstellung für Talonsteuer		101 038	—
Aktien-Dividende-Rechnung 1913/15		27 807	—
Aktien-Dividende-Rechnung 1916		5 519 964	—
Gewinn- und Verlust-Rechnung 1917		434 225	30
		379 821 589	49

Gewinn- und Verlust-Rechnung
 vom 31. Dezember 1916.

Soll.		M.	pf
Verwaltungskosten		2 628 243	80
Steuern und öffentliche Lasten		1 175 500	89
Abrechnung und Rückstellung			
auf Außenstände	M. 1 000 000,—		
auf Grundstücke, Gebäude und Einrichtungen	+ 568 318,14		
auf Talonsteuer	+ 100 000,—		
		1 668 318	14
Reingewinn		7 892 297	99
		13 349 410	82
Haben.		M.	pf
Vertrag aus 1915		380 539	19
Gebühren-Rechnung		4 085 100	81
Zinsen-Rechnung			
einschließlich des Ergebnisses der Auslandswchsel und der Beteiligung bei dem Bankhaus von der Heydt-Kersten & Söhne		7 622 386	39
Gewinn auf Wertpapiere		651 390	43
		13 349 410	82

Barmen, den 29. März 1917.

Die persönl. haftenden Gesellschafter:

L. Arionl, Th. Hinsberg, M. von Rappard.

Commerz- und Disconto-Bank.

Bilanz per 31. Dezember 1916.

Aktiva.		M.	pf.	M.	pf.
Kasse, fremde Geldsorten, Zinnscheine und Guthaben bei					
Noten- und Abrechnungs-Banken				18 490 829	83
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen				269 022 089	78
Nostro Guthaben bei Banken und Bankfirmen				51 765 386	85
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere				125 492 200	77
Verschüsse auf Waren und Warenverschiffungen				4 241 862	89
davon am Bilanztag gedeckt:					
a) durch Waren-, Fracht- od. Lagerscheine M. 4 024 651,84					
b) durch andere Sicherheiten				121 000,—	
Eigene Wertpapiere:					
a) Anl. u. verzinsl. Schatzanw. d. Reichs u. d. Bundesst.		10 219 561	29		
b) Sonst. b. d. Reichsbk. u. and. Zentralnotenbk. bel. Wertp.		471 346	25		
c) Sonstige börsengängige Wertpapiere		13 875 901	87		
d) Sonstige Wertpapiere		3 649 578	29	27 215 487	64
Konsortialbeteiligungen					
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken u. Bankfirmen				16 424 924	53
Debitoren in laufender Rechnung:				12 232 040	—
a) gedeckte		172 433 598	76		
b) ungedeckte		48 081 652	58	221 125 151	38
Außerdem Aval- u. Bürgschaftsdebitoren, M. 31 173 539,35					
Bankgebäude u. Invent. in Hamburg, Berlin, Kiel, Hannover, Altona, Leipzig und Altenburg				5 740 000	—
Sonstige Immobilien		2 820 500	—		
abzüglich Hypotheken		1 671 700	—	1 148 800	—
				754 931 715	00
Passiva.					
Aktienkapital				85 000 000	—
Reservfonds I.				8 200 000	—
Reservfonds II				6 550 731	88
Talonsteuer-Rückstellung				651 490	—
Beamten-Pensions- und Unterstützung-Fonds				1 474 992	30
Kreditoren:					
a) Nostroverpflichtungen		17 735 322	34		
b) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite		2 755 518	94		
c) Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen		49 118 559	46		
d) Einlagen auf provisionsfreier Rechnung:					
1. innerhalb 7 Tagen fällig		M. 135 127 136,71			
2. darüber hinaus bis zu 3 Monat. fällig		M. 197 653 710,61			
3. nach 3 Monaten fällig		M. 17 928 080,03		200 819 834	28
e) sonstige Kreditoren:					
1. innerhalb 7 Tagen fällig		M. 107 405 000,54			
2. darüb. hinaus bis zu 3 Monat. fällig		M. 75 802 278,09			
3. nach 3 Monaten fällig		M. 42 183 200,01		296 481 785	15
Akzepte und Schecks:				616 911 090	17
a) Akzepte		26 138 090	—		
b) noch nicht eingelöste Schecks		1 488 076	98	27 626 772	98
Außerdem Aval- und Bürgsch.-Verpflicht. M. 31 173 539,35					
Dividenden-Rückstände				47 893 50	
Reingewinn				8 228 901	77
				754 931 715	00

Gewinn- und Verlust-Rechnung für das Geschäftsjahr 1916.

Ausgabe.		M.	pf.	Einnahme.		M.	pf.
Unkosten	5 892 711	89		Gewinnvortrag von 1915		634 301	88
Steuern	6 96 872	45		Zinsen		9 426 293	69
Abschr. a. Bankgebäude u. Inv.	476 782	23		Provision		5 010 299	45
Reingewinn	8 228 901	77		Gewinn a. Sort. u. Zinnscheine		215 702	59
	16 285 275	33				15 285 275	33

Die Dividendenscheine für das Geschäftsjahr 1916 werden vom 5. d. M. an, u. zwar

Nr. 45 mit M. 10.— per Stück von Aktien über M. 300.—

Nr. 19 mit M. 60.— per Stück von Aktien über M. 1000.—

in Hamburg an unseren Kassen, in Berlin an unseren Kassen und bei den Herren S. Kaufmann & Co., in Altona, Hannover, Kiel, Leipzig, Altenburg und Brandenburg a. M. an den Kassen unserer Filialen, in Frankfurt a. M. bei den Herren J. Dreyfus & Co., in Barmen beim Barmer Bankverein, Hinsberg, Fischer & Comp, in Chemnitz beim Chemnitzer Bankverein, in Breslau bei der Mitteldeutschen Privatbank A. G., in Köln bei Herrn J. H. Stele, in Magdeburg bei der Mitteldeutschen Privatbank A. G., in München bei der Bayerischen Vereinsbank bezahlt.

Hamburg, den 4. April 1917.

Der Vorstand.

Ein radikaler Sozialdemokrat für den schrankenlosen U-Boot-Krieg gegen England!

Soeben erschienen:

KARL ERDMANN

England und die Sozialdemokratie

Vom Vertragsbruch der Internationale zur Notwehr!

mit einem Geleitwort von Julian Borchardt

Preis 4,00 Mark

Der sich offen zur radikalen Sozialdemokratie bekennde Verfasser kommt auf Grund einer eingehenden Analyse der inneren und Kolonialpolitik Englands zu dem zwingenden Schlusse, daß

der schrankenlose U-Boot-Krieg »Die Notwendigkeit von heute« ist.

Für jeden Deutschen ist dies Buch von höchstem Interesse; niemand darf über den U-Boot-Krieg urteilen, ohne das Bekenntnis dieses radikalen Sozialisten gelesen zu haben.

MAX KIRSTEIN, Verlagsbuchhandlung, BERLIN SW 68

Fürstenhof Carlton-Hotel = Frankfurt a. M. =
 Das Vollendetste eines modernen Hotels. □ Gegenüber dem Hauptbahnhof, linker Ausgang.

Weinstuben
Mitscher **Vorzügl. Küche**
 Französische Strasse 18

Berlin-Weinrestaurant Willys-Berlin

Frühstück von 12—4 Uhr :: Fünf-Uhr-TEE :: Abends n. d. Karte

Vornehme
Konzerte.

Kurfürstendamm 11

Vornehme
Konzerte.

Not betr.
Steuer
Stempel
Zoll
beseitigt

Steuer-Treuhand-
Gesellschaft m. b. H.

Gegründet 1910.

Potsdamer Str. 161. **Berlin W9.** Fernspr. Ldtz. 7373.

Von ca. 20 Millionen M. Einkommen
 über 1 Million M. Steuerermäßigungen
 für unsere Auftraggeber erzielt.

Fordern Sie Besuch
 oder kostenlose Zusendung von Prospekten.



Sanabo Neues Instrument D.R.P., zureichend und schmerzlos
Behandlung von Harnleiden
 Ohne Berufstörung

in Krankenhäusern, Lazaretten, Literatur und Prospekt 1 durch
 Kliniken im Gebrauch. Schnellster Erfolg auch bei hartnäckigen Fällen
Sanabo G. m. b. H.
 „Sanabo“-Heilanstalt für Harnleiden, Berlin W, Bülowstr. 12, pt.
 Aerztl. Leiter: Sanitätsrat Dr. Paul Wolff
 Fernsprecher: LDTZOW 9004 Sprechst.: 1-2, 6-8; Sonnt. 11-1

Besondere Wartezimmer für Damen

Alleinige Anzeigener „Die Zukunft“ nur **Max Kirstein** Berlin SW. 68, Markgrafenstr. 59.
 Annahme der Wochenschrift durch berl. **Max Kirstein** Fernspr. Amt Zentrum Nr. 108 09, 108 10.
 Insertionspreis für die 1 spaltige Nonpareille-Zelle 1,20 Mk., auf Vorzugsseiten 1,80 Mk.

Salamander Stiefel



Die deutsche
Weltmarke!

JOE
LOE

A. BATSCHARI Cigaretten

Fürsten-Klasse

Imperator 25 s, Kaiser 15 s
 Fürst. Fürstenberg 15 s, Prinz Fr. C. Koblenze 10 s
 Princess M. Koblenze 10 s
 Princess Charlotte 8 s
 Princess Victoria Louise 6 s

